Nr. 37. Halle (Saale), Mittwoch, den 13. Februar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus ohne jede Verteilung. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 16 Pfg. Bestellgeld für Monat, wenn die Zustellung vom Postboten erfolgt.

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschluß Nr. 1047.

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16108.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene 40 mm breite Nonpareillezeile kostet 30 Pfg., für auswärtige und Geschäftsanzeigen dieses Kreises unsere Text- zur die 82 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.

Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größere am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, bzw. die Nr. 1047.

Was nun im Osten?

Die Frage: wie stehts nun im Osten, ist die wichtigste, die sich dem deutschen Volke aufdrängt. Noch hat es nicht einmal Klarheit, was in Brest-Litowsk eigentlich vorgegangen ist. Die deutsche Berichterstattung darüber ist so mangelhaft und voller Lücken, daß man erst gestern erfuhr, die Verhandlungen seien ohne jede Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte abgebrochen, die Delegierten aller Länder abgereist, Staatssekretär v. Kühlmann bereits mit dem Reichskanzler ins deutsche Hauptquartier gefahren, wo von Wilhelm II. die Entscheidung falle. Inzwischen haben die alldeutschen Blätter und die gesamte Annektionistenpresse zum schärfsten Vorgehen gegen Rußland gehetzt. „Wir haben jetzt freie Hand". „Nur Rußland ist gebunden, wir nicht". „Wir müssen nun unsere Interessen im Osten mit aller Entschiedenheit wahrnehmen". Und so weiter. Mit Kündigung des Waffenstillstandes wurde schon gespielt. In diesem wichtigen Augenblick ist natürlich der Reichstag wieder vertagt, die Volksvertretung ausgeschaltet.

Was die Erklärung Trotzkis in Wirklichkeit bedeutet, kann man erst durch objektive Aufhellung aller Umstände ermessen, die der deutschen Presse noch fehlt. Der Wortlaut war:

Unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensprotokolls erklärt die russische Delegation den Kriegszustand mit den Mittelmächten für beendet und die russische Regierung erließ den Befehl zur vollständigen Demobilisierung."

Klar ist hier, daß die russische Regierung von sich aus den Frieden erklärt und ihr einziges Kampfinstrument, die militärische Waffe, aus der Hand legt. Sie begibt sich völlig und bedingungslos in die Hände der Sieger.

Es ist nun von den Mittelmächten die Entscheidung zu fällen, wie die weiteren Maßnahmen im Osten zu treffen sind. Daß sie [illegible] Was zum baldigen Frieden getrieben werden möchte, ist der Wunsch der schaffenden Volksmassen.

Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 12. Februar. W. T. B. meldet: Wie wir erfahren, ist die durch Havas verbreitete Meldung von einem Ultimatum der deutschen an die rumänische Regierung nicht zutreffend. Richtig ist, daß der Generalfeldmarschall v. Mackensen mit der rumänischen Heeresleitung in Verhandlungen eingetreten ist, um die Entscheidung über das Fortbestehen des seinerzeit mit dem General Tscherbatschew abgeschlossenen, für Russen und Rumänen gemeinsamen Waffenstillstandes herbeizuführen, nachdem durch die augenblicklichen Verhältnisse zwischen Ukrainern und Rumänen eine Klärung dieser Frage notwendig geworden ist.

Neue englische Regierungserklärung.

London, 12. Februar. Die Parlamentssession wurde vom König eröffnet. In der Thronrede heißt es:

Meine Lords, meine Herren! Die Kriegsnotwendigkeiten lassen es unerläßlich erscheinen, daß Sie nach kurzer Pause wieder zu Beratungen einberufen werden. Die Ziele, wofür ich und meine Verbündeten kämpfen, wurden kürzlich von meiner Regierung in einer Erklärung dargelegt, die die entschiedene Zustimmung meiner Völker im ganzen Reiche fand, und die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes, die Wiederherstellung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens schuf. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiedergutmachung der begangenen Uebeltaten und nach Garantien gegen ihre unprovozierte Wiederholung. Ihre Wortführer weigern sich, für ihre Person irgendwelche Verpflichtungen anzuerkennen, und verneinen gleichzeitig die berechtigte Freiheit der anderen. Bis zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf der ein gerechter, ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen.

Die Nordwestgrenze der Ukraine

Wilson an Hertling.

Hertlings Grundlagen machten einen allgemeinen Frieden unmöglich.

Wilsons Friedensgrundsätze.

Washington, 11. Februar. Präsident Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongreß:

Am 8. Januar sprach ich zu Ihnen über die Kriegsziele, wie unser Volk sie auffaßt. Der englische Premierminister hat am 5. Januar in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Reden antwortete der deutsche Reichskanzler am 24. Januar und Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß unser Wunsch so bald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch von Ansichten über diesen großen Gegenstand sich vor den Ohren der ganzen Welt vollziehe.

Die Antwort des Grafen Czernin, die der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Januar gerichtet ist, ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefere.

Graf Hertlings Antwort ist, ich muß es sagen, sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze, und es ist nicht klar, wohin sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von der Antwort des Grafen Czernin sehr abweichenden Tone gehalten und augenscheinlich mit entgegengesetztem Zwecke. Sie bestätigt leider [illegible] Brest-Litowsk Befürchtungen, als daß sie ihn befestige. Seine Erörterung und seine Annahme unserer allgemeinen Grundsätze führt ihn zu keiner greifbaren Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgültigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegenüber einer internationalen Aktion und internationalen Beratung.

Graf Hertling akzeptiert, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Diplomatie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß diese, wenigstens im vorliegenden Falle, auf Allgemeinheiten beschränkt werde, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsoberhoheit, jene Fragen, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der Welt im Krieg befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den infolge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über irgendeine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen; er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftsschranken zwischen den einzelnen Ländern verschwinden sehen, weil dies in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich anscheinend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würde. Ebenso wenig erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die Wirtschaftsfolge, die dem Krieg folgen wird, von selbst regeln; die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemandem als den Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, besprechen; mit niemandem als der französischen Regierung die „Bedingungen", zu welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern; lediglich mit Oesterreich will er besprechen, was mit Polen geschehen solle. Die Lösung aller, die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er, wie ich ihn verstehe, Oesterreich und der Türkei und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichttürkischen, dem gegenwärtigen osmanischen Reich zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein.

Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnisse erzielt ist, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störungen von außen zu sichern. Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein,

daß auf solche Weise unmöglich ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser Jahre tragischer Leiden wert ist, erreicht werden kann.

Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfrieden, was wir erringen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den weitsichtigen und allumfassenden Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß einen Frieden von Mächten und Flicken. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in einer verflossenen Welt? Hat er die Reichstags-Entschließung vom 19. Juli vollkommen vergessen oder übersieht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab. Diese Probleme gehen jedes für sich und insgesamt die ganze Welt an und wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche, sowie auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der betreffenden Völker, kann kein dauernder Friede erreicht werden. Diese Probleme können nicht getrennt und in abgeschiedenen Ecken erörtert werden. Niemand darf davon ausgeschlossen werden.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in unrechter Weise geschehen, keineswegs beigelegt.

Es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er vor einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht, daß alle erwachten Völker der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen eines Konfliktes sagt, der sich nach allen Seiten der Welt ausgedehnt hat? Die Reichstagsentschließung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Annektionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben, es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatsoberhoheit an eine andere ausgeliefert werden, nationale Ansprüche müssen beachtet werden, die Völker dürfen nur nach gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden.

Das „Selbstbestimmungsrecht" ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden.

Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen oder durch einfache Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden; alle Teilnehmer an diesem Schwerdbau [illegible] müssen, wie wir hoffen, [illegible] ist

ein Frieden, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können,

und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist.

Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gerne hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Skizze der Grundsätze und der Art, in welcher sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, **zu Mitbetroffenen in den Leiden und der Ungebühr, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden,** gemacht worden sind; und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr, als wie sie irgend eine andere Nation, die eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt, betreffen. Sie sehen keinen Weg zu einem Frieden,

bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden

und ihre Wiederkehr so weit erreichbar, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingegangen werden, die solche Dinge künftig unmöglich machen, und diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und wollens sind, sie nun jeden Preis aufrechtzuerhalten, gestützt werden.

Wenn Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist soweit gekommen, daß in der veränderten Welt, in der wir uns befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Beziehungen ebenso sehr berühren, wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu billigen gleichen Handelsbedingungen. Graf Hertling kann nicht die Nützlichkeit eines gemeinsamen Uebereinkommens auf dem einen Gebiete verlangen, ohne es auf dem anderen zu gewähren. Ich nehme es als verbürgt an, daß er einsieht, daß besonderte und eigennützige Verträge in bezug auf den Handel und die Hauptindustriestoffe keine Grundlage für einen Frieden bilden würden, und ebensowenig, dessen mag er sicher sein, würden dies gesonderte eigennützige Verträge in bezug auf Provinzen und Völker tun.

Graf Czernin scheint die Grundlagen des Friedens mit klaren Augen anzusehen, und er scheint sie nicht zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbestreitbar polnischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzen, eine Angelegenheit europäischen Uebereinkommens ist und natürlich zugestanden werden muß, ferner, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, gleichgültig, welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen mag, und ferner, daß internationale Bestrebungen befriedigt werden müssen, sogar in seinem eigenen Reiche, in gemeinsamem Interesse Europas und der Menschheit. Graf Czernin würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis und seine Abhängig-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0001

Leit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grunde sind die folgenden:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im Wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten discreditiert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzufahren.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend akzeptiert.

außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annektionistenpartei.

Wenn sie anderwärts verworfen wurden, so sind die Widersprechenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimmen vernehmbar werden zu lassen. Es ist ein tragischer Umstand,

daß diese eine Partei in Deutschland anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nun als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfsvölker sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis dies in Gange geschehen ist, unsere Truppen werden rasch zur Front geschickt und die Sendungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Krieg der Befreiung eingesetzt werden, einer Befreiung von der Bedrohung und von den auf Vorherrschaft gerichteten Versuchen selbstsüchtiger Gruppen von autokratischen Herrschern, was immer auch die Schwierigkeiten und die gegenwärtigen teilweisen Verzögerungen sein mögen. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist.

Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden sein.

Dem menschlichen Leben werden erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Ich hoffe, daß ich es nicht nötig habe, hinzuzufügen, daß kein Wort, das ich gesagt habe, als politisch [illegible] ist. Das entspricht nicht der Gesinnung [illegible] die Menschen überall wissen [illegible], daß unsere Leidenschaft für Gerechtigkeit und Selbstregierung nicht lediglich Leidenschaft in Worten, sondern eine solche ist, die, wenn [illegible] mal in Taten umgesetzt, befriedigt werden muß. Die [illegible] der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und ein Volk [illegible] Bedrohung. Sie wird niemals zu Angriffszwecken oder zur [illegible] die Zwecke der Befriedigung selbstsüchtiger Interessen angewendet werden. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Zum ukrainischen Sonderfrieden.

Aus den Urteilen der Presse.

Im Berliner Tageblatt sagt Hans Borst:

Es konnte nicht bestritten werden daß Rußlands Kraft und Größe für immer vernichtet sein würde, wenn es gelänge, Großrußland zu isolieren und die Ukraine dauernd von ihm zu trennen. Die Schätzungen der ukrainischen Volkszahl schwanken stark, die Angabe von 40 Millionen, die etwa das Richtige treffen dürfte, ist gewaltig. Ueberdies umfaßt die Ukraine das fruchtbarste und an Bodenschätzen aller Art reichste Gebiet Rußlands. Vor allem aber führt über die Ukraine der Weg zu den südlichen Häfen. Und das ungeheure russische Binnenland, das ohnehin einen so starken Mangel an Exporthäfen leidet, dessen Ausfuhr über die Ostsee im Winter durch die Eisverhältnisse behindert wird, müßte ersticken, wenn ihm der Ausgang zum südlichen Meere durch die Loslösung der Ukraine oder gar durch eine dauernd feindliche Stellungnahme dieses neuen Staatswesens versperrt würde. . . . Noch der am 23. Dezember 1917 von der Verfassungskommission angenommene Gesetzentwurf über die künftige Verfassung der ukrainischen Volksrepublik formulierte ausdrücklich den Willen der Ukraine, im Verbande der föderativen russischen Republik zu bleiben. Der Konflikt, der dann die neuste schnelle Wendung veranlaßt hat, ist nicht nationaler, sondern sozialer Natur. Das vierte Universal vom 24. Januar enthielt den Satz: „Von nun an bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen, freien, souveränen Staat des ukrainischen Volkes.“ Und jetzt haben die Vertreter der ukrainischen Rada die Konsequenz aus diesen Grundsätze gezogen, indem sie unabhängig von Großrußland den Frieden mit den Mächten des Vierbundes unterzeichnet haben. Die Konsequenzen dieses Schrittes sind heute noch völlig unübersehbar, sowohl für die Ukraine selbst, als auch für Großrußland und die Mittelmächte. Die Ukraine durchlebt eine schwere, innere Krisis, und die Kiewer Regierung, die den Friedensvertrag geschlossen hat, steht in einem harten Kampf um ihre Existenz. Die Gefahr für sie liegt nicht so sehr in den Angriffen des Bolschewiki von außen, als in der bolschewistischen Bewegung im Innern der Ukraine selbst. Der Gegensatz zu Großrußland kann durch den separaten Friedensschluß eine weitere Verschärfung erfahren. Die Grenzen der neuen ukrainischen Volksrepublik stehen noch nicht fest, und hier ergeben sich für die Mittelmächte Probleme von der allergrößten Tragweite. Denn aus dieser Frage könnte sich der alte Gegensatz zwischen Ukrainern und Polen zu neuer Schärfe erheben und dadurch das ohnehin dornenvolle Problem für die Mittelmächte eine weitere Komplikation erfahren. Es gibt deutsche Politiker, die es aussprechen, daß ein enges Freundschaftsverhältnis zu der Ukraine dazu dienen könne, das Königreich Polen in Schach zu halten. Eine solche verhängnisvolle Politik des „divide et impera“ (teile und herrsche) kann keinesfalls den Wünschen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes entsprechen, das die Gegensätze im Osten nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie auszugleichen und zu versöhnen trachten muß.

Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt:

Dreieinhalb Jahre haben wir von Kriegserklärungen und Kriegsereignis gehört; jetzt endlich hören wir von einem Friedensschluß. Und ist es auch nur einer aus der Reihe unserer Gegner, der den Krieg gegen uns beendet hat, so klammern sich doch Millionen gequälter Menschen an die Hoffnung, daß der erste Friedensschluß der Anfang vom Ende des blutigen Krieges sein wird.

Die Ukraine ist der südwestliche Teil Rußlands, den das ukrainische (ruthenische) Volk bewohnt. Sie ist ein großes Land, das nicht weniger als dreißig Millionen Einwohner zählt. Sie ist ein reiches Land, das in Friedenszeiten Getreide, Schafwolle, Häute und Zucker in großen Mengen ausgeführt hat. Ein Friedensschluß mit diesem Lande hat natürlich nicht geringe Bedeutung. Die Erneuerung unserer Handelsbeziehungen zur Ukraine wird unsere wirtschaftlichen Nöte mildern. Freilich, das Land ist ausgeplündert worden durch die großen Heere, die seit drei Jahren auf seinem Boden standen; was der Völkerkrieg übrig gelassen hat, hat der Bürgerkrieg verwüstet; und die Vorräte, die sich trotzdem noch im Lande befinden, werden nicht leicht zu uns zu bringen sein. Denn der Aufkauf dieser Vorräte ist durch die Zerrüttung der Währung erschwert; auf die ukrainischen Eisenbahnen, denen es an Lokomotiven und an Wagen fehlt, ist kaum zu rechnen, und auf dem Schwarzen Meer und der Donau steht uns nur ein beschränkter Schiffsraum zur Verfügung. In den nächsten Monaten werden wir also nur bescheidene Lebensmittelmengen aus der Ukraine bekommen können. Aber diese Mengen werden allmählich anwachsen, und nach der nächsten Ernte werden uns die großen Getreideüberschüsse der Ukraine eine wesentliche Besserung unserer Ernährungsverhältnisse wohl ermöglichen.

Der Friede mit der Ukraine hat also eine nicht geringe Bedeutung. Aber trotzdem mengen sich in die Freude über den ersten Friedensschluß die schwersten Sorgen. Die Rada hat den Frieden mit uns geschlossen; aber die Macht der Rada ist in ihrem eigenen Lande nicht unbestritten; die Gegenregierung der ukrainischen Sowjets kämpft gegen sie. Wird die Rada gestürzt, so ist der von ihr geschlossene Friedensvertrag ein wertloses Stück Papier. Es ist noch nicht zu beurteilen, ob uns dieser Sonderfriede nicht in den Bürgerkrieg im russischen Reiche hineinzerrt. Das wäre von allen Gefahren die schlimmste; es kann nicht Aufgabe der Mittelmächte sein, zum Schiedsrichter zwischen den beiden Parteien zu werden, die in der Ukraine um die Macht ringen; nicht ihre Aufgabe, zu entscheiden, ob die Ukraine von der im Wesen bürgerlich-bäuerlichen Rada oder von der proletarisch-sozialistischen Gegenregierung regiert werden soll; am allerwenigsten ihre Aufgabe, zu entscheiden, ob die Ukraine nach dem Wunsche der Rada ein völlig unabhängiger Staat oder gemäß den Absichten der Gegenregierung ein autonomes Glied der russischen Föderativ-Republik sein soll. Mit der Verantwortung für diese Entscheidungen dürfen wir uns nicht belasten. Das würde nicht nur den baldigen Friedensschluß mit Rußland erschweren; es hätte auch nach diesem Kriege dauernde Feindschaft zwischen Rußland und uns, dauernde Bedrohung des europäischen Friedens zur Folge. Der Friede mit der Ukraine wird nur dann ein Gewinn sein, wenn wir uns durch ihn nicht dazu verlocken lassen, uns in die inneren Angelegenheiten Rußlands und der Ukraine einzumengen.

Der erste Friede ist geschlossen. Aber darum geht der Krieg doch weiter. Die Truppen, die an der ukrainischen Front frei werden, werden an andern Fronten Verwendung finden. Die wirtschaftlichen Nöte bleiben trotz der Linderung, die die Zufuhr aus der Ukraine bewirken wird, bestehen. Der Friede mit der Ukraine genügt nicht, uns von dem Druck des Krieges zu befreien; er wird die Volksgenossen nicht beruhigen, die nach dem allgemeinen Frieden drängen. Wenn der Friedensschluß mit der Rada zum Hindernis würde, den Frieden mit anderen feindlichen Staaten zu schließen, würden die Völker und Staatsmännern, die den ersten Friedensvertrag unterzeichnet haben, keinen Dank wissen. Die Völker werden diesen ersten Friedensschluß nur dann Wert und Bedeutung beimessen, wenn der Friede mit der Ukraine uns recht bald [illegible]

Befreiung vom Kriegspump!

Die russischen Staatsanleihen (werden) annulliert!

Petersburg, 10. Februar. Folgendes Dekret über die Annullierung der Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des Zentralexekutivausschusses vom 8. Februar, wird veröffentlicht:

1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie aufgenommen sind, werden vom 1. Dezember 1917 (A. St.) ab für ungültig erklärt, die Dezemberkupons nicht mehr bezahlt.

2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben sind.

3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert.

4. Kurzfristige Obligationen bleiben in Kraft. Prozente werden nicht bezahlt, die Obligationen selbst gelten wie Kreditscheine.

5. Minderbemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihe bis zu 10 000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihe der russischen sozialistischen föderativen Rätererepublik entschädigt.

6. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitz der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen.

7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.

8. Die Leitung der Liquidation der Anleihen hat der Oberste Volkswirtschaftsrat.

9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.

10. Die Feststellung der Minderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Ersparnisse im vollen Betrage zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Gelingt es der russischen Regierung, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen und dauernd aufrecht zu erhalten, so kommen die Kapitalisten aller Länder, die durch die früheren russischen Staatsanleihen das Rissen Rußlands für den Krieg überhaupt erst ermöglicht und gefördert haben, um ihr fluchbeladenes Geld und die vom Schweiße der russischen Volksmassen geschöpften Zinsen. Das wird freilich Revolution der internationalen Kriegskapitalisten in allen Ländern auslösen, besonders der französischen Kapitalisten, die an Rußland mehr als 20 Milliarden Franken gepumpt haben. Das proletarische Rußland wird sich mit dieser Tat den Haß des ganzen internationalen Kapitalismus zuziehen und wir werden bald hören, wie der Rachefeldzug gegen Rußland gefordert oder Maßregeln eingeleitet werden, die in anderer Weise die Gelder und Werte aus dem russischen Volke herausholen wollen.

Der Sinn des bedeutsamen Aktes der russischen proletarischen Regierung ist der, daß sie das Volk nicht mehr jahrzehntelang tributpflichtig machen will dem internationalen Kriegskapital, das des Profits wegen das Aufrüsten des zarischen Rußland betrieb und so die letzte und tiefste Schuld an dem Weltgemetzel trug.

Die russische Volkswirtschaft wird aufatmen, wenn sie von dieser Last befreit ist. Im anderen Falle hätte das russische Volk viele Jahrzehnte, [illegible] zu arbeiten, zu schusten und Tribut zu zahlen für seine internationalen und nationalen kriegskapitalistischen Peiniger. Es wäre die einzig gerechte Strafe, die das selbst und verbrecherische Rüstungskapital, das auf Kriege spekulierte, Kriege vorbereitete und Kriege finanzierte, treffen könnte — daß es annulliert würde.

•

Weitere Finanzaktion.

Petersburg, 12. Februar. Ueber die Nationalisierung der Handelsflotte wird von der Regierung folgende Mitteilung veröffentlicht: Alle Schiffsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelshäusern und Großunternehmern gehören, werden durch Dekret des Volkskrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Eine Ausnahme bilden näher bestimmte kleinere Fahrzeuge.

Ferner wird das Projekt des Dekrets über die Konfiskation der Aktienkapitale der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitale in vollem Umfange konfisziert und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden annulliert und jede Dividendenauszahlung eingestellt.

Unter der Bezeichnung „Volkskommissariat für Finanzen“ wird ein Finanzkollegium gegründet.

Ueber Meutereien im französischen Heer berichtet das deutsche offiziöse Telegraphenbureau was folgt: Da der Dienst im französischen Heer immer härter und die Strafen immer schärfer werden, so bilden Meutereien keine Seltenheit. Die Soldaten des 74. Regiments haben sogar ihre Fahne in Stücke gerissen. Maschinengewehre und die 15. Dragoner mußten aufgeboten werden, um die Meuterer nach ihrer Ueberwältigung zu überwachen. Der Regimentskommandeur war verzweifelt aber gänzlich machtlos. (W. T. B.)

Politische Uebersicht.

Niederbarnim.

Zur Reichstagsnachwahl in Niederbarnim. Der nationalliberale Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim hat den Stadtsyndikus von Berlin-Lichtenberg, Stadtrat Dr. Oskar Maretzky, als nationalliberalen Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl aufgestellt. Im Jahre 1912 wurden im Kreise 92 559 Stimmen für den Sozialdemokraten abgegeben, für einen Reichsparteiler 20 078, für einen Fortschrittler 13 501, schließlich für einen Zentrumsmann 2894. Die nationalliberale Kandidatur dürfte als bürgerliche Sammelkandidatur gedacht sein.

Das Berliner Tageblatt dagegen meldet, daß die Fortschrittliche Volkspartei auf Grund des seit 1912 geltenden Wahlkompromisses mit den Nationalliberalen das Vorstandsmitglied des Eisenbahnerverbandes Hoffmann-Lichtenberg als Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim aufgestellt hat.

Da Stadthagen im Jahre 1912 mit 92559 Stimmen gegen etwa 36 000 gegnerischen Stimmen gewählt wurde, ist natürlich an die Wahl eines bürgerlichen Kandidaten nicht zu denken. In der Praxis wird jeder Bürgerliche zum Hilfskandidaten des regierungssozialistischen Spaltungskandidaten, der, wie seinerzeit in Liebknechts Wahlkreis, mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien das Rennen machen soll. Die unabhängigen Genossen in Niederbarnim werden die anderwärts gemachten Erfahrungen wohl beachten und zu verhindern wissen, daß die Scheidemänner mit den alten Mitteln auf Kosten des Sozialismus neue Geschäfte machen.

„Berufständisches“ Wahlrecht.

[illegible] rechtsstehende Blätter berichten von einer [illegible] der konservativen Landtagsfraktion, die im Abgeordnetenhaus stattgefunden hat. Diese soll sich mit der Wahlrechtsvorlage beschäftigt und beschlossen haben, an dem im letzten Jahr vereinbarten Kompromiß festzuhalten. Hierzu schreibt die Deutsche Tageszeitung:

Diese Nachricht ist insoweit unrichtig, als nach unserer Kenntnis die Konservativen zunächst versuchen werden, eine Regelung des Wahlrechts auf beruflicher Grundlage zu verwirklichen.

Die Reaktionäre halten an ihrer alten Liebe fest. Sie wollen zurück ins Mittelalter. Mit der Zeit wirken diese Reaktionsvorstöße freilich aufreizend genug.

Der polnische Staatsrat.

Die polnische Regierung veröffentlicht in der polnischen Staatszeitung das Gesetz über den Staatsrat des Königreichs Polen. Dieser Staatsrat soll bestehen aus 110 Mitgliedern, von denen 43 vom Regentschaftsrat ernannt werden sollen, 12 die Religionsgemeinschaften, die Hochschulen und die Gerichte vertreten sollen, während die übrigen 55 von den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen gewählt werden sollen. Der Staatsrat soll mitwirken am Entwurf einer Verfassung des Königreichs Polen, und die Bildung eines Senats und einer Landbotenkammer beschließen. Dieser Gang der Schaffung einer polnischen Volksvertretung ist von den Regierungen der Zentralmächte oktroyiert worden. Die Parteien in Polen, die mit der Schaffung eines polnischen Staates nach dem Diktat der Mittelmächte nicht einverstanden sind, haben gegen die Einberufung eines Staatsrats protestiert. Sie wünschen zunächst die Einberufung des Landtages, der über die Geschicke Polens entscheiden soll.

Kleine politische Nachrichten.

Die Not der Zeitungen. Das Hamburger Echo gibt bekannt: Kohlenmangel in den Papierfabriken Uetersen und Flensburg hat die Herstellung von Zeitungsdruckpapier so empfindlich gestört, daß unser Papiervorrat nahezu erschöpft ist und das Erscheinen des Echo in Frage gestellt wird, wenn nicht in letzter Stunde Papier eintrifft. Die Geschäftsleitung.

Die Anklage gegen Caillaux. Aus Paris wird berichtet: Hauptmann Bouchardon setzte das Verhör Caillaux' während dreier Stunden fort. Nach dem Schlußverhör des Sergeanten Sequilles und des Hauptmanns Mathieu wurde die Anklage, daß Caillaux Dokumente betr. die nationale Verteidigung an den Feind mitgeteilt habe, vollständig aufrechterhalten. Die Beschuldigung, mit dem Feinde Handel getrieben zu haben, wurde fallen gelassen.

Aus der Partei.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten wird am Montag, dem 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, zur Fraktionssitzung zusammentreten.

Kongreß der ungarischen Sozialdemokraten.

Budapest, 11. Februar. Bürgerliche Blätter melden: Gestern abend tagte der außerordentliche Kongreß der ungarischen sozialdemokratischen Partei. Es waren 252 Delegierte erschienen. Jakob Weltner sprach über die Veranlassung und den Verlauf des letzten Ausstandes, wobei er auch die Ursache der Abdankung der Parteileitung bekanntgab. Nach ihm übten mehrere Redner scharfe Kritik an den Amtshandlungen des Justizministers Vajsonnyi. Auch gegen die Parteileitung wurden Angriffe gerichtet, weil der Streik ergebnislos verlaufen sei. Zum Schluß wurden Wahlen vorgenommen und mit 224 gültigen Stimmen sämtliche Mitglieder der früheren Parteileitung wiedergewählt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0002

Aus der Provinz.

Der Zweigverein Merseburg des deutschen Bauarbeiterverbandes

hielt am 7. Februar im Tivoli in Merseburg eine Generalversammlung ab. Sie war erfreulich stark besucht. Sie erledigte folgende Tagesordnung: 1. Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen über die für das Baugewerbe am 29. November 1917 im Reichswirtschaftsamt in Berlin vereinbarte neue Kriegsteuerungszulage und Bericht über die Verhandlungen im Schlichtungsausschuß in Weißenfels auf unsere eingereichte Beschwerde gegen das Leunawerk. 2. Geschäfts- und Kassenbericht von 1917. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Kartellbelegierten.

Der Bezirksleiter, Kollege Koch, Magdeburg, behandelte in eingehender Weise die schwierigen Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt. Das Ergebnis war, daß Zulagen ab 10. Dezember von 10 Pf. pro Stunde und ab 1. April 1918 5 Pf. die Stunde zu den bisher gezahlten Löhnen erfolgen müssen. Eine Ausnahme aber machte die Direktion des Leunawerkes, indem sie die Unternehmer ersuchte, die Zulagen zu zahlen, aber ihre seit dem 22. August 1917 unter dem Drucke der Verhältnisse bewilligte Werkszulage in gleicher Höhe kürzte. Mit dieser Maßnahme konnten sich die Bauarbeiter nicht einverstanden erklären. Alle Verhandlungen mit der Direktion und der Arbeiterausschuß blieben erfolglos. Deshalb wurde Beschwerde beim Kriegsamt und Schlichtungs-Ausschuß geführt. Das Kriegsamt konnte den Kollegen nicht helfen, so daß der Schlichtungsausschuß in Weißenfels am 7. Februar die strittige Angelegenheit zu entscheiden hatte. Der Kollege Koch sowie die erschienenen Arbeiter-Ausschußmitglieder vertraten mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Zulagen von dem Leunawerk zu zahlen seien. Im Gegensatz zu dem Standpunkt der Arbeiter verteidigte der Vertreter des Leunawerkes, Assessor Boller, die Maßnahmen der Direktion. Nach dreistündigem Verhandeln entschied der Schlichtungsausschuß: Das Leunawerk ist berechtigt, die auf die dritte Kriegsteuerungszulage am 22. August bewilligte Werkszulage in Anrechnung zu bringen. Große Entrüstung brach unter den Anwesenden aus, als das Ergebnis bekanntgegeben wurde. Alle Diskussionsredner verurteilten auf das schärfste die Entscheidung. Einstimmig angenommen wurde eine aus der Versammlung gestellte

Entschließung:

Die Versammlung entnimmt der Berichterstattung durch den Arbeiterausschuß, daß die Werksleitung die erfolgte Kürzung der Werkszulage nicht zurücknehmen will, weil sie in der Lage ist, den durch den Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Arbeiterausschuß wird aufs neue beauftragt, unverzüglich an die Werksleitung heranzutreten und ihr eine Forderung auf 20 Prozent Lohnerhöhung die Stunde zu unterbreiten."

Zu 2. Punkt: Abrechnung vom 4. Quartal 1917, ergeben die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse 8260,40 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschl. Kassenbestand von 10 970,40 Mk., eine Ausgabe von 2732,14 Mk. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 8238,26 Mk. Die Jahreseinnahme und -Ausgabe für die Hauptkasse bilanzierte in der Höhe von 42 220,64 Mk. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse einschließlich Kassenbestand betrug 18 377,29 Mk. Die Ausgabe 10 189,03 Mk., so daß ein Lokalkassenbestand von 8238,26 Mk. vorhanden ist. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 2198. Neu aufgenommen wurden 1484 Kollegen. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Als 1. Vorsitzender wurde wieder gewählt, als 2. Vorsitzender Kollege Schmidt, als Geschäftsführer und Kassierer Kollege Deege, als Schriftführer der Kollege Müller gewählt. Als Revisoren die Kollegen Zorn, Ulrich und Brehm. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Hartwig, Müller, Deege und als Ersatzmann Kollege Klee gewählt.

Zum Schlusse ermahnte Kollege Deege die Anwesenden, daß ein jeder mit erhöhtem Kampfeseifer, Ueberzeugungstreue und Opfermut auch in diesem Jahre seine Pflicht tun müsse. Ein jeder Kollege muß agitatorisch wirken, die Unorganisierten dem Verbande zuführen, und daß auf jeder Baustelle ein Bau-Beauftragter gewählt wird. Nur wer so handelt, erfülle seine Pflicht.

Merseburg. Die Stadtverordnetensitzung am vorigen Montag behandelte u. a. auch einen Magistratsantrag, der die Bildung einer Kommission zur Behebung der Wohnungsnot in Merseburg fordert. Erster Bürgermeister Hertzog bemerkte, daß die Kommission bei der großen Wichtigkeit der Aufgabe ihre Arbeiten sofort aufnehmen müsse. Gerade die soeben beendete Studienreise ins rheinisch-westfälische Industriegebiet habe eine Fülle von Anregungen geboten, die auch für Merseburg, soweit angängig, gute und kräftige Verwertung finden können. Die Aufgaben der Kommission sind so vielgestaltig, daß es sich dringend empfiehlt, die Arbeiten sofort aufzunehmen, um sofort nach Friedensschluß mit der Durchführung der Maßnahmen zu beginnen. So ist der Bebauungsplan festzusetzen, die nötigen Kapitalien müssen beschafft werden, ebenso die Materialien, ebenso ist die Gründung von Baugenossenschaften vorzubereiten usw., alles Maßnahmen, die eingehende Beratung erfordern. Auf Anregung des Regierungspräsidenten werden übrigens die Ergebnisse der Studienreise zusammengestellt und in Form einer Broschüre den Stadtverordneten übermittelt werden.

Stadtv. Schenke regte an, den Bau von Wohnungen im Sinne der Bestrebungen der Bodenreformer vorzunehmen, eine Anregung, die auch Stadtv. Scholtz unterstützte. Stadtv. Frauenheim begrüßte die Ausführungen des Ersten Bürgermeisters und hielt den Vorschlag des Stadtv. Schenke, die beabsichtigte Kommission in eine Deputation umzuändern, für sehr praktisch und annehmbar. Der Magistrat erklärte sich hiermit einverstanden, worauf der Vorschlag zum Beschluß erhoben wurde. Stadtv. Eichardt schlug vor, nicht allein Stadtverordnete in die Deputation zu wählen, sondern auch Bürger, um diesen Gelegenheit zu geben, in dieser wichtigen Körperschaft vertreten zu sein. Auch dieser Vorschlag wurde angenommen. Die Deputation wird danach aus 4 Magistratsmitgliedern und 8 Mitgliedern bestehen; von den letzteren müssen 4 Stadtverordnete sein. Die Auswahl der Mitglieder wurde der Wahlkommission übertragen.

Merseburg. Die Brotgetreidemenge für Selbstversorger ist durch Verfügung des Landrats für den Kreis Merseburg vom 15. Februar an von 8½ auf 6¾ Kilogramm herabgesetzt worden.

— An Lebensmitteln werden für die Zeit vom 17. Februar bis einschl. 2. März 1918 (2 Wochen) auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 50 Gramm Sago zum Preise von 12 Pf. auf Bezugschein Nr. 71, 50 Gramm Kaffena zum Preise von 9 Pf. auf Bezugschein Nr. 72, 50 Gramm Preißelbeeren mit Zucker zum Preise von 20 Pf. auf Bezugschein Nr. 73, 50 Gramm Heringe und 50 Gramm Stinte zum Preise von 50 Pf. auf Bezugschein Nr. 74, 50 Gramm Marmelade zum Preise von 63 Pf. auf Bezugschein Nr. 75. Abgabe der Bezugscheine Nr. 71 bis einschl. 75 am Mittwoch, dem 13., und Donnerstag, dem 14. Februar 1918. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag, den 21. Februar, bis einschl. Sonnabend, den 23. Februar 1918, gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

— Butter wird am Sonnabend, 16. Februar, ausgegeben. Es werden zugeteilt: auf jede Kreisfettmarke 55 Gramm Butter zum Preise von 84 Pf., auf jede Zusatzfettmarke (mit dem roten Aufdruck K S und +) 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pfennig.

— Ausgabe von Landeiern auf Abschnitt A der Eierkarte am Donnerstag, dem 14. Februar 1918, für die Kunden der Butterstellen: Konsumverein — Lauchstädter Str., Teichmann — Unter-Altenburg, Schulz — Weiße Mauer. Auf den Kopf des Haushalts werden für jeden Abschnitt A der Eierkarte ein Ei zum Preise von 31 Pf. zugeteilt.

Eisleben. Der Holzarbeiterverband der Zahlstelle Eisleben hielt seine Generalversammlung im Hohenzollern ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, in dem er ausführte, daß 1917 ein sehr arbeitsreiches Jahr für die Verwaltung gewesen sei. In der Kriegsindustrie im Hochmachergewerbe werden hier zurzeit über 1400 Personen beschäftigt, davon aber auch, wie überall, meistens Frauen und Mädchen, die zum größten Teil dem Verbande zugeführt wurden. So hatte die Zahlstelle Anfang des Berichtsjahres 156 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 1097, ausgeschieden, abgereist und eingezogen sind 295, so daß ein Bestand von 958 Mitgliedern am Jahresschluß verblieb. Bei den Heimarbeitern war es der Verwaltung nicht möglich, trotz aller Mühe und Arbeit, Fuß zu fassen; denn es ist sehr schwer bei den Mansfeldern, sie der Organisation zuzuführen. Durch die Einführung des Reichstarifs der Korbmacher bekommen auch die Heimarbeiter alle den Tariflohn, der auch von allen Unternehmern anerkannt ist; nur der Zwischenmeister Lehmann zahlt den Tariflohn unregelmäßig. Auch mußte in der letzten Zeit ein Teil Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Mangel an Material aussetzen.

In der Ernährungsfrage wurden Eingaben gemacht, die aber abgelehnt wurden. — Mitgliederversammlungen fanden im Berichtsjahre 15 statt; sie waren leidlich besucht. Die Versammlungen beschäftigten sich vorwiegend mit Organisationsfragen. — Die Einnahmen und Ausgaben der Kasse ergaben im Berichtsjahre 11 574,50 Mk., bei einem Kassenbestande von 104,81 Mk. An die Hauptkasse wurden 7800 Mk. abgeliefert. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse ergaben 10 192,27 Mk. Ausgegeben wurden noch für 122 Kriegsmarken 263,23 Mk. an die Hauptkasse abgeliefert. Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden. Die alten Mitglieder der Ortsverwaltung wurden wieder- und für einen Kollegen ein Ersatzmann gewählt. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, im neuen Jahr die Versammlungen zahlreicher zu besuchen.

— Zeitgemäße Schauspielerehrung. Seit Monaten spielt in Eisleben die Theatergesellschaft des Direktors Meth. Ueber die Leistungen der Gesellschaft wollen wir uns jeden Urteils enthalten und möchten nur bemerken, daß die kleine Gesellschaft sehr tätig ist; fünfmal wöchentlich wird „Kunst" geminnt, und manches „Kunstwerk" geht über die Bretter. Von was wir sprechen wollen, das ist das überaus „dankbare" Publikum hier, das allabendlich vollgedrängt und gespannt den Mansfelder Bergleuten, Beifallstürme durchdröhnen wie das Trommelfeuer im Westen das „Haus". Aber damit begnügt sich unser heutiges Theaterpublikum nicht. Außer dem hohen Eintrittspreis, der doppelt so hoch ist wie in Friedenszeiten, wo manche Theatergesellschaft froh war, Eisleben ohne Schulden verlassen zu können, spendet das liebe Publikum nicht etwa nur Blumen oder Kränze, um die Spieler zu ehren, nein, man weiß, was solch ein Schauspielerherz in heutiger Zeit in Freud und Wonne versehen kann: Kleiderstoffe, Würste, Schinken, Eier, sogar am Freitag ein Koffer voll mit Inhalt, ließ sich nicht festtellen) und viele andere Sachen, gleichfalls paketiert, werden den Schauspielern auf die Bühne gereicht. Es scheint eine wahre Sucht eingerissen zu sein, sich einer vor dem andern zuvor zu tun, um von den jetzt so begehrten, anderen Sterblichen streng rationell zugeteilten Kostbarkeiten abzugeben. Es ist sogar vorgekommen, daß junge Damen die nauerlauchter ihrer Liebst [illegible] und gleichfalls dieser eingerissenen Schwärmerei zu frönen. Wer die allabendlichen Spenden sieht, kann gewiß nicht an einen Notstand in Eisleben glauben, und die Klagen über die geringe Zuteilung verhalten sich also zu den Gaben. Die Theatergesellschaft aber dürfte ihr liebes Publikum noch in dankbarer Erinnerung behalten . . .

— Dürfen arbeitende Kriegerkinder ungestraft von ihrem Arbeitgeber mißhandelt werden? Diese Frage ist entschieden mit Nein zu beantworten. Leider hat das Eisleber Schöffengericht am Sonnabend anders entschieden. Im vorigen Jahre arbeitete der 13jährige Artur Vorberg bei dem Landwirt und Gärtnereibesitzer Georg Kaiser in Eisleben. Als der Junge beim Heumenden sich etwas ungeschickt benahm, warf der zusehende Kaiser die Reitpeitsche nach ihm. Da er nicht traf, ging K. auf den Jungen zu und schlug ihn mehrmals rechts und links mit den Händen an den Kopf. Auch trat er ihn mit dem Stiefel, so daß der Junge tagelang noch Schmerzen am Oberschenkel hatte. Der vorübergehende Bergmann Schneider, der den Vorgang mit angesehen hatte, meldete die Sache der Polizei und endlich wurde darüber am Sonnabend verhandelt. Vor Gericht wurde zwar festgestellt, daß sich der Vorgang wie geschildert abgespielt habe. Der Vorsitzende gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß wegen solcher „Bagatelle" das Gericht in Anspruch genommen würde. Der Bergmann aber hatte deshalb den Vorgang gemeldet, weil es ihm empörte, ein Kind, dessen Vater Heeresdienste leistet, trotz guten Willens zur Arbeit so behandelt zu sehen. Der Angeklagte selbst gab wohl die Möglichkeit der Mißhandlung zu, bestritt aber den Tritt mit dem Stiefel, er habe den Jungen nur zur Seite mit dem Beine schieben wollen. Der Mann wurde freigesprochen. Der Amtsanwalt hatte nur 10 Mk. Geldstrafe beantragt. Das Urteil ist befremdend. Arbeitende Kinder, deren Väter Kriegsdienste leisten müssen, die also ihre Kinder nicht schützen können, sollten vom Staate doch besonders geschützt werden! Hier wäre, nach dem Volksempfinden eine strenge Bestrafung wirklich angebracht gewesen.

Helbra. Diebstähle der Zeit. Dem Bergmann A. wurden aus der Räucherkammer zwei Speckseiten und ein Schinken, dem Bergmann M. in der Kolonie neun Hühnereier, die Hühner wurden im Stall abgeschlachtet. Außerdem versuchten zwei Personen in die Zigarrenbude des Invaliden Kirchner einzubrechen. Die Täter hatten bereits den Fensterladen geöffnet und versuchten durch Bohren die Tür zu öffnen, wobei sie gestört wurden und die Flucht ergriffen.

Alberstedt. Schulschluß wegen Diphtheritis. Auf kreisärztliche Anordnung hat der Landrat die Schulen am Donnerstag auf drei Wochen geschlossen, weil schon seit einiger Zeit Diphtheritis unter den Kindern des Ortes herrscht. Es waren etwa 6 Familien davon betroffen und drei Kinder im Alter von 7—8 Jahren gestorben. Erfreulicherweise hat die Krankheit keinen größeren Umfang angenommen; die getroffenen Maßnahmen haben sich als ausreichend erwiesen, so daß mit baldigem Erlöschen der Epidemie zu rechnen ist.

Sangerhausen. Bahndiebstähle. Am 11. Februar wurde eine große Zigarettenkiste auf der Station Sangerhausen beraubt. Auf die sofort erstattete Anzeige im Polizei-Kommissariat wurden bei den im Verdacht stehenden Personen Haussuchungen gehalten. Die Haussuchungen waren von Erfolg. Bei den Beschuldigten: Nagel, Linnemann und Peche wurde die geraubten Zigarettenschachteln gefunden und beschlagnahmt. Die Beschuldigten sind bereits im Polizei-Kommissariat vernommen und haben ihre Tat eingestanden.

Delitzsch. Die Auszahlung der staatlichen Unterstützung erfolgt Donnerstag, den 14. Februar 1918, Nr. 1 bis 650, Freitag, den 15. Februar 1918, Nr. 651 und folgende. Die Auszahlung erfolgt unter der Vorlegung der Erkennungsmarke an den bestimmten Tagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags von der Stadthauptkasse.

— Marmelade, 250 Gramm, das Pfund zu 90 Pf., gibt es von Donnerstag, den 14., bis Sonnabend, den 16. d. M., in allen 50 Verkaufsstellen auf je einen Abschnitt Nr. 42 aller Lebensmittelscheine.

Bitterfeld. Festgenommener Brotfarbendieb. Vor mehreren Tagen sind in einem hiesigen Bäckerladen 150 Brotkarten gestohlen worden. Gestern versuchte nun ein junger Mann in einem in der Steinstraße belegenen Geschäft Brotkarten an den Mann zu bringen. Er wurde festgenommen. Bei der Durchsuchung des Verhafteten wurde eine größere Anzahl Brotkarten vorgefunden. Der Festgenommene ist der soeben aus dem Gefängnis entlassene 18jährige Arbeiter Anton Krüger, gebürtig aus Briesen.

Mühlberg. In der Parteiversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm die Besprechung über die gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten in der Gemeinde einen breiten Raum ein. Besonders über einen Punkt der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden die Arbeitervertreter ersucht, eine bestimmte Richtung demnächst einzuhalten. Zu der im März vorzunehmenden Ersatzwahl wurde einstimmig beschlossen, einen Kandidaten aufzustellen. Allseitig wurde festgestellt, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, wenn sich die Arbeiterschaft das Anrecht auf die dritte Klasse sichere. Auch dann, wenn von der bürgerlichen Seite ein Kandidat aufgestellt würde. Herr Dierke, der als letzter Vertreter des Bürgertums das Mandat der dritten Klasse besaß, wurde, wie schon mitgeteilt, als Senator gewählt, die anderen drei Sitze gehören bereits den Arbeitern. Eine gewählte Kommission soll der nächsten Parteiversammlung Vorschläge zur Aufstellung des Kandidaten machen. Des längeren wurden die Zustände in der hiesigen Parteibewegung besprochen, die demnächst zur Entfaltung kommen sollen. Besonders wurde festgestellt, daß die Mitgliedschaft einstimmig und geschlossen an der Bewegung der U. S. P. teilnimmt. Auch von einer kleinsten Absplitterung ist bisher nichts verspürt worden. Auf eine Anfrage aus der Mitte der Versammelten, wie die Stellung in dem Kreise gegenwärtig sei, erklärte der stellvertretende Kreisvorsitzende, daß mit Ausnahme von Raundorf und Kleinleipisch bisher mit den Kreistagsbeschlüssen recht gutan seien. Die noch bestehenden Parteiorte stehen einmütig zur Unabhängigen Partei. In Raundorf sei der Bezirk aufgehoben und unsere dortigen treugebliebenen Genossen haben sich Bockwitz angeschlossen. Eine Gegenbewegung sei bisher nicht in Erscheinung getreten. In der Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß ein klassenbewußter Arbeiter nie die Wege der Reformsozialisten wandeln könne, sondern den alten Grundsätzen des Proletariats treu bleiben müßte.

— Die Elbschiffahrt ist infolge des plötzlichen Witterungsumschlages gegenwärtig lebhaft im Gange. Es gehört zu den Seltenheiten, daß bereits im Januar, nachdem der Eisgang den Strom freigemacht, die Schiffahrt ihren Anfang nehmen konnte. Auch sind die Fähren vollständig in Betrieb und der Verkehr ist wieder rege, was bei den sonstigen Transportschwierigkeiten ins Gewicht fällt. Doch beurteilen die Kleinschiffer die gegenwärtige Lage recht kritisch. Noch immer liegen ein Teil der Fahrzeuge still, da es an Schiffsmannschaften fehlt. Die Dampfer dagegen dürften auf der Elbe fast restlos in Tätigkeit sein. An Fracht muß noch die Winterprämie gezahlt werden.

Briefkasten der Redaktion.

R. K. im Felde. Wir können [illegible] nicht für [illegible] auseinandersetzen, wie Sie „sich verhalten sollen". Sie müssen doch eine bestimmte Frage stellen. Gegen die Haussuchung bei Ihrer Frau läßt sich nur dann etwas machen, wenn die Anzeig bei der Polizei wider besseres Wissen oder ganz fahrlässig g schehen ist.

O. O. Die Eltern haben nicht nötig, rückständige Steuern für den zum Heeresdienst eingezogenen Sohn zu bezahlen. Auch eine Pfändung kann nicht vorgenommen werden.

Nr. 100. Wenn Sie auf die Weiterzahlung der Krankenrente selbst verzichtet haben, können Sie doch jetzt gar nichts mehr machen. Auch wenn Sie nicht selbst verzichtet hätten, wäre Ihnen die Rente genommen worden, da Sie den vollen Arbeitslohn wie früher weiter erhalten. Die Invalidenversicherung richtet sich nicht nach der Abschätzung der Erwerbsunfähigkeit (Rente) der Militärbehörde. Auch daß andere Kriegsbeschädigte in der gleichen Lage wie Sie die Krankenrente weiter erhalten, ändert nichts an Ihrer Lage. Wer nicht angeklagt wird, kann eben auch nicht gehängt werden.

A. B. Der Pflichtteil besteht in der Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbteils, also in der Hälfte des Betrages, der den Pflichtteilserben entfallen wäre, wenn der Erblasser ohne Testament verstorben wäre. Ist z. B. einigen Kindern dieser Betrag nicht zugedacht, können sie das Testament anfechten. Ist der reine Nachlaß 44 000 Mk., so erhält zunächst die Witwe ¼, also 11 000 Mk., die übrigen 33 000 Mk. werden auf die fünf Kinder verteilt, so daß bei diesen der Pflichtteil etwa 3300 Mk. beträgt.

K. B. in Cisl. Solche Schenkungen an Enkelkinder sind im allgemeinen unzulässig und anfechtbar. Jedenfalls müßte bei der Größe des Objekts eine Schenkungsurkunde durch einen Notar aufgestellt werden.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Februar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Stärkere Erkundungsabteilungen, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Omignon-Bach ansetzte, wurden im Nahkampf abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf kleinere Erkundungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nach heftiger Feuersteigerung zwischen Flirey und der Mosel stießen mehrere französische Kompagnien bei Remenauville und im Westteile des Priesterwaldes gegen unsere Linie vor. Nach kurzem Kampf wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Gefangene blieben in unserer Hand. Am Sudel-Kopf und am Hartmannsweiler-Kopf Artillerie- und Minenkampf. — An Vergeltung feindlicher Bombenwürfe auf Saarbrücken am 5. Februar griffen unsere Flieger gestern abend die Festung Nancy mit Erfolg an.

Mazedonische Front. Bei Monastir und am Wardar Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

Neue Versenkungen. Berlin, 12. Februar. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Bruttoregistertonnen. Die versenkten Schiffe waren meist tief beladen. Unter ihnen befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 Brutto-Registertonnen, deren einer der Bibby-Linie angehörte. (Amtlich.)

Verantwortlich für: Politik, Parlamentsnachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Hertig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 8891
Täglich mit grösstem Erfolg: ½8 Uhr.
„Pst! Pst!“
Burleske-Operette von Leonhard Haskel.
Musik von **Paul Lincke.**
Kasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

3794 Achtung! Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert der Hausmusik.**
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Thalia-Säle.
Sonnabend, d. 16. Februar 1918, abds. 8 Uhr:
Wohltätigkeits-Konzert
zugunsten des Hinterbliebenen-Fonds gefallener Unteroffiziere und Mannschaften des Füsilier-Regiments Nr. 36
ausgeführt von
Mitgliedern des Halleschen Stadttheaters.
Mitwirkende:
Meta Touchy, Henriette Böhmer, Dora Hansen (Harfe), Amelie Peters, Tini Sass, Olga Marlow, Berta Kallweit, Adolf Rehbach, Adolf Harlacher, Leo Schönbach (Cello u. Klavier), Artur Bohnhardt (Violine), Hermann Weidlich (Flöte).
Eintrittskarten zum Preise von 3, 2, 1.50 und 1 Mark sind zu haben in der Hofmusikalien-Handlung von Heinrich Hothan. 8885

Solange Vorrat reicht,
um damit ich räume, Hautcrem „Sanleura“, gr. Tuben, erstkl. fettfr. Qualität. *2046
Per Tube 1.50, sonstiger Preis 2.00 Mark. Schwanen-Drogerie, Verkauf: Lagerräume Gr. Brauhausstraße 9, 9—12 vorm., 3—5 nachm.

Kaffee Knäusel
Rannischestr. 7. Fernr. 4170.
Täglich erstklassiges Konzert.
Eigene Konditorei.
Wieder neu hergerichtet!
3863 **Vergrößert!**
Sonntags Frühschoppen-Konzert.
Probieren Sie meine feine Torte.

Apollo-Theater.
Gastspiel Max Walden-Gesellschaft.
Heute und folgende Tage, abends ½8 Uhr:
„Der dumme August“.
Operette in 3 Akten von Dr. Decker u. R. Pohl.
Musik von Rudi Giller.
1. Akt: **Eine feine Familie.**
2. Akt: **Hoch hinaus.**
3. Akt: **Zirkus Prestaldo.** 8894
Vorverkauf eine ganze Woche voraus, täglich 9—1 u. 5—½7.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. U.T. **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224. 8892
Das Tagebuch des Dr. Hart.
Film in einem Vorspiel und 8 Akten.
Von **Hans Brennert.**
Der Blusenkönig
mit **Ernst Lubitsch.**
Lustspiel in 3 Akten.
Jugendliche haben von 3 bis 5 Uhr Zutritt.
Gunnar Tolnaes
der Darsteller des Maharadscha
in:
Der Mann ohne Gnade.
Drama in 3 Akten.
Ossi Oswalda
in:
Wenn 4 dasselbe tun.
Lustspiel in 3 Akten.

Stadt-Theater Halle
Donnerstag, d. 14. Februar 1918,
3884 Abends 7 Uhr:
Die Walküre
von Richard Wagner.
Freitag: Die Braut von Messina.

Zoo. 8912
Heute, abends 8 Uhr:
V. Gesellschafts-Konzert.

Ab Freitag, den 15. Februar:
Alte Promenade 11a Fernruf 5738. U.T. **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224.
Der Sultan von Johore.
Spannendes Filmwerk
8892 in 5 Akten.
Waldemar Psilander
in:
Der Tote am Steuer.
Drama in 3 Akten.

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Röseigerstr. 12 Fernsp. 1011. 10898

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Marmelade** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Donnerstag, den 14. Februar 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 90 Pfennige für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 135 des Warenbezugsscheines XIII zu erfolgen.

Der Verkäufer darf [illegible] die Marken, zu Hunderten gebündelt, [illegible] im Stadtamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Aufzug) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes [illegible]chen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Donnerstag, dem 14. d. M., wird der Verkauf von Quark an folgenden Stellen fortgesetzt: Milchhändler Hinsche, Große Gosenstraße 21, Milchhändlerin Meinhardt, Große Brunnenstraße 36, Milchhändlerin Rincke, Goethestraße 13, Milchhändlerin Rast, Humboldtstraße 48, Milchhändlerin Pötschke, Brandenburger Straße 10, sowie in der Verkaufsstelle der Molkerei Giuritz, Reilstraße 135.

Zum Einkauf werden zugelassen die Haushaltungen mit den Lebensmittelscheinen Nr. 40 001 bis 63 000. Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre werden 200 Gramm Quark zum Preise von 25 Pf. auf den Abschnitt 1 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1916 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet: Jeder Haushalt kann im Monat Februar ein Briefchen Süßstoff (sogen. H-Packung) zum Preise von 25 Pfg. nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogenhandlungen oder in den Apotheken käuflich erwerben. Diejenigen Haushalte, welche bei der Verteilung im Januar keinen Süßstoff erhalten haben, können noch ein zweites Paket beziehen. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik Süßstoff Spalte 5 des vom Käufer vorzulegenden Lebensmittelscheines den Kauf für Januar und in Spalte 6 den Kauf für Februar durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchteten Tintenstift anzumerken. Auf einen Lebensmittelschein darf nur ein Briefchen abgehoben werden. Haushaltungen, welche bei dieser Verteilung keinen Saccharin erhalten, werden bei der nächsten Verteilung berücksichtigt. Wegen der Abgabe der Süßstoffmenge (G-Packung) an Wirtschafts- und Speisebetriebe jeder Art, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Konditoreien, Pensionen, Kantinen und ähnliche Betriebe wird auf § 3 unserer Bekanntmachung vom 10. Oktober 1916 verwiesen. Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Da ich am 1. April mein Geschäft aufgebe, empfehle ich meiner werten Kundschaft den Rest meines alten Lagers an Friedensware zu soliden Preisen.
Kath. Vieweg
Korsett-Geschäft,
Halle (Saale), Grosse Steinstrasse 81.
Fernruf 3462.
Eleg. seidene Unterröcke
3898 noch am Lager.

Der Lehrmeister i. Garten u. Kleintierhof
für Garten- und Kleintier-Besitzer unentbehrlich, erscheint wöchentlich, bringt Abhandlungen über Gemüsebau, Obstbau und Kleintierzucht.
Pro Quartal 2.12 Mk.
Zum Abonnement ladet ergebenst ein
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Moden-Zeitungen
in großer Auswahl.
Volksbuchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Der städtische Verkauf von Gemüsekonserven

wird am Donnerstag den 14. Februar 1918 in der Talamtschule zu den festgesetzten Höchstpreisen fortgesetzt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 63 001 bis 67 000 vormittags von 8½—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 67 001—70 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es können nur diejenigen Haushalte Berücksichtigung finden, welche die auf ihren Haushalt entfallende Menge in den Kleinhandelsgeschäften noch nicht entnommen haben. Abgegeben werden die Gemüsekonserven gegen Entgegennahme des Abschnittes 130 des Warenbezugsscheines 12. Jeder Abschnitt berechtigt zum Bezuge von 1 Pfd. Konserven.

Kleines Geld, besonders Kupfergeld, ist mitzubringen!

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Ein Waggon
3888 preiswert erstandene
Emaille-Waren
etwas beschädigt, bringe ich 3888
sehr billig zum Verkauf:

Schmortöpfe	Eimer	Waschbecken
Kochtöpfe	Essenträger	Wannen
Ringtöpfe	Reibeisen	Wasserkessel
Schöpflöffel	Kaffeekannen	Nachtgeschirre

Steinweg 45, **Sobel,** Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstrasse 1.

Bekanntmachung.

Infolge der durch die Gaseinschränkung verursachten Mehrarbeiten muß die Rechnungs-Ausschreibung für Gasverbrauch im Januar insoweit unterbleiben, als die Verbrauchsmengen 200 kbm nicht erreichen. In diesen Fällen erfolgt die Berechnung der Verbrauchsmengen zusammen mit dem Februar-Verbrauch.

Die vereinbarten Vierteljahres-Zahlungen werden hierdurch nicht berührt.

Halle, den 8. Februar 1918. *2045

Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Konfirmanden-Album.
45 neue Vorlagen für Kleider, Jacken u. Wäsche.
Preis 75 Pfg.,
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Februar 1918.

Das Hallesche Arbeitersekretariat im Jahre 1917.

Dem Berichte des Hallischen Gewerkschaftskartells über das Jahr 1917 entnehmen wir über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats: Die Zahl der Besucher betrug 8835 (gegen 8096 im Vorjahr). An diese wurden 8579 Auskünfte erteilt. Um stärksten war die Inanspruchnahme im August mit 808 Besuchern und 828 Auskünften. Die Zahl der schriftlichen Auskünfte hat weiter zugenommen; sie betrug 790 (gegen 632 im Vorjahr). Schriftliche Eingänge waren 950 zu verzeichnen, Ausgänge 2639. Die Geschäfte des Sekretariats wurden auch im Berichtsjahr vom Arbeitersekretär Kleeis allein besorgt.

Auf die einzelnen Rechtsgebiete verteilten sich die Auskünfte wie folgt:

1. Arbeiterversicherung 1471, und zwar Unfallversicherung 569, Krankenversicherung 362, Knappschaftswesen 42, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 498. 2. Angestellten-Versicherung 29. 3. Arbeits- und Dienstvertrag 1027, und zwar Kündigung und Lohnforderung 424, Lehrlingswesen 182, Gesindeverhältnisse 192, Arbeiterschutz 76, Zeugnisse und Legitimationspapiere 149, Sonstiges 4. 4. Bürgerliches Recht 1958, und zwar Sachenrecht 279, Familienrecht 401, Erbschaftssachen 277, Mietrecht 325, Schadenersatz und Haftpflicht 129, Pfändung 221, Zivilprozeßwesen 342, Sonstiges 14. 5. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 3107, und zwar Steuersachen 580, Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht 15, Armenangelegenheiten 118, Fürsorgeerziehung 58, Schul- und Kirchensachen 55, Militär- und damit zusammenhängende Unterstützungssachen 2134, Sonstiges 138.

Schriftsätze, d. h. Eingaben an Behörden, Schreiben an Arbeitgeber usw. wurden 1890 angefertigt. Sie betrafen: Arbeiterversicherung 396, Angestelltenversicherung 5, Arbeits- und Dienstvertrag 105, Bürgerliches Recht 237, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 772, Strafrecht 120, Arbeiterbewegung 12, Privatversicherung 10, Handels- und Gewerbesachen 6, sonstige Sachen 18. Allein 453 Schriftstücke betrafen den Heeresdienst und das damit verbundene Unterstützungswesen. Sonstige Schreiben (kurze Mitteilungen an die Mandanten usw.) waren 210 erforderlich, so daß insgesamt (ohne die schriftlichen Auskünfte) 1840 Schriftsätze angefertigt wurden.

Persönliche Vertretung vor Gerichten usw. wurde in 11 Streitsachen wahrgenommen.

Gewerkschaftlich organisiert oder Familienangehörige von Organisierten waren 5354 Besucher. Sie verteilen sich auf die einzelnen Verbände wie folgt: Bäcker 59, Bauarbeiter 756, Bergarbeiter 105, Böttcher 25, Brauerei- und Mühlenarbeiter 186, Buchbinder 28, Buchdrucker 125, Buchdruckereihilfsarbeiter 38, Bureauangestellte 24, Dachdecker 36, Fabrikarbeiter 318, Fleischer 5, Gastwirtsgehilfen 21, Gärtner 2, Gemeindearbeiter 95, Glaser 31, Handlungsgehilfen 74, Hausangestellte 5, Holzarbeiter 403, Kürschner 2, Kupferschmiede 37, Lithographen und Steindrucker 10, Maler 95, Maschinisten und Heizer 48, Metallarbeiter 1418, Landarbeiter 35, Porzellanarbeiter 17, Sattler 21, Schneider 141, Schuhmacher 54, Steinarbeiter 30, Steiesetzer 29, Tabakarbeiter 25, Transportarbeiter 585, Tapezierer 28, Textilarbeiter 5, Töpfer 17, Zimmerer 96. Die übrigen Besucher waren zum Teil Soldaten und Kriegsbeschädigte, Witwen, Invaliden, selbständige Gewerbetreibende, Arbeiterinnen usw. Etwa ein Viertel der Besucher wohnte auswärts.

Die sittliche Läuterung.

Der Neuen Züricher Zeitung wird aus Wien geschrieben: Einfachheit wurde verkündet, ein völliges Schlußsagen von jedem Luxus, besonders aber von der sklavischen Nachäffung der ausländischen Modebestrebungen. Seit etwa einem Jahre ist es wohlkommen ruhig geworden, die Modebestrebungen haben sich fast alle durchgesetzt, der rasende Umlauf des Geldes hat das Seinige dazu getan, und wenn man jetzt in einen Kreis mondaner Frauen und Männer tritt, so merkt man nichts von den Schwierigkeiten, der Not an Stoffen und Zubehör. Alles ist tiptop angezogen, als gäbe es keinen blutigen Krieg. Denn unbeirrt arbeiten Phantasie und Kunst weiter. Die hohen Lederpreise ändern nichts an der Höhe der Schuhe, die Kostbarkeit der Pelze reizt die Kriegsgewinner oder jene, die ohnehin schon reich sind, immer mehr, breite Fellbesätze oder ganze Fellmäntel zu tragen, die Schweiz lieferte Seide und Samte und nahm dafür unser Gold, die Valuta sinkt, aber der Luxus steigt.

Die Verkörperung der Einfachheit, die Bluse, die eine Art Wahrzeichen der deutschen Hausfrau geworden war, kommt ganz aus der Mode, sie wird bloß ein unbedeutender Teil eines Straßenkostüms, dem man die Berechtigung genommen hat, in der Oeffentlichkeit selbständig aufzutreten.

Zugleich mit dem Luxus der Oberkleidung ist der der Unterkleidung gestiegen. Aus Spitzen und Seide sind Hemd und Unterbeinkleider, aus Seide sind Unterröcke. Im großen Ganzen ist die Tendenz, die die Mode vor dem Kriege verfolgt hat, die gleiche geblieben, die Ansprüche sind gestiegen, und man kann begierig sein, ob sich nach dieser Richtung hin im Frieden, wenn der Rausch vorbei ist, ein Stillstand bemerkbar macht.

Neue Bekanntmachungen.

Marmelade gibt es von Donnerstag ab in den Lebensmittelgeschäften.

Gemüsekonserven erhalten am Donnerstag in der Talamtschule die Nummern 63 001 bis 70 000.

Quark für Kinder wird am Donnerstag auf die Nummern 49 001 bis 63 000 abgegeben.

Ausbildung in Säuglingspflege.

Professor E. Abderhalden, der Leiter des Bundes für Volkskraft, schreibt uns u. a.: Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben vor allen Dingen auch die Frau vor ganz neue Aufgaben gestellt. Sie haben Männer in Berufen ersetzt, in denen man wohl niemals an die Verwendung von weiblicher Hilfe gedacht hat. Die Tätigkeit der Frau in der Kriegsarbeit, sei es nun in der Munitionsfabrik, auf der Straßen- oder Eisenbahn oder hinter dem Pfluge oder auch in sozialer Tätigkeit, ist noch lange nicht genug von der Oeffentlichkeit gewürdigt und anerkannt worden. So dankbar die Uebernahme von Männerarbeit durch die Frau auch ist, so müssen wir doch wünschen, daß die Frau, sobald es die Verhältnisse zulassen, wieder in den meisten der übernommenen Arbeitsgebiete vom Mann abgelöst wird. Es gibt jedoch Berufe, in denen die Frau ganz unersetzbar ist und gerade diese müssen angesichts der verminderten Aussicht, sich zu verheiraten, ganz besonders gefördert und gepflegt werden. Zu diesen Berufen gehört in erster Linie derjenige der Säuglingspflegerin. Ihre Bedeutung wird von Jahr zu Jahr rasch anwachsen. Sie ist berufen, in Gemeinden die Säuglingsfürsorge zu leiten. Es fällt ihr die hohe Aufgabe zu, die Säuglingssterblichkeit so tief als nur möglich hinunterzudrücken. Ferner wird die Säuglingspflegerin in der Familie eine große Bedeutung erlangen, denn mehr als bisher wird man die Säuglinge nur noch Händen anvertrauen wollen, die in der Säuglingspflege erfahren sind. Eigentlich müßte jedes Mädchen in Säuglingspflege gründlich ausgebildet werden. Das Säuglingsheim des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft ist die staatlich anerkannte Säuglingspflegerinnenschule. Die Ausbildungszeit umfaßt sechs Monate. Vorbedingung ist die Absolvierung des Kursus des Bundes. Ferner muß ½ Jahr Säuglingspflege erlernt sein. Der Kurs richt zerfällt in einen theoretischen und in einen praktischen Teil. Lehrer sind: Geh. Rat Prof. Dr. med. Abderhalden, Kgl. Kreisarzt Med.-Rat Dr. Bundt, Prof. Dr. med. Stoelzner und Frau Prof. Dr. med. Stoelzner. Weitere Einzelheiten sind bei der Geschäftsstelle des Bundes zu erfahren. Der Kurs schließt mit einer staatlichen Prüfung ab; die Kandidatinnen erhalten ein staatliches Zeugnis.

Außer diesem Kursus finden im Säuglingsheim des Bundes noch zwei weitere statt, nämlich ein solcher für Mädchen und Frauen im Alter von 18 Jahren an, die die Säuglingspflege nur theoretisch und praktisch erlernen wollen, jedoch nicht die Absicht haben, eine staatliche Prüfung abzulegen. Dieser Kursus dauert sechs Monate. Die Vorbedingungen der Krankenpflege ist nicht notwendig. Der 3. Kursus ist für Hospitantinnen bestimmt. Er dauert drei Monate. Es müssen während dieser Zeit drei volle oder sechs halbe Tage der praktischen Säuglingspflege im Säuglingsheim gewidmet werden. Von der Geschäftsstelle des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft ist ein Prospekt zu beziehen, der über alle Einzelheiten Auskunft gibt.

* **Nachmals: die Volksvorstellungen des Stadttheaters.** Zu unseren gestrigen kritischen Bemerkungen über die Volksvorstellungen im Stadttheater schreibt uns der Leiter des Theaters, Leopold Sachse: „Es ist unzutreffend, daß die Aufführung Komödie der Irrungen gegenüber der Fassung, die für die Abend-Aufführung gewählt worden war, auch nur um eine Zeile gekürzt worden ist. Darüber hinaus stelle ich fest, daß, seitdem ich die Leitung des Stadttheaters Halle übernommen habe, keine Volksvorstellung in irgendwelcher Weise, sei es dekorativ oder textlich, die geringste Abweichung von der Erstaufführung des betreffenden Werkes gehabt hat. Der Verdacht, die Theaterleitung betrachte die Volksvorstellungen als „notwendiges Uebel", ist wohl mit der Tatsache hinfällig, daß die Leitung des Stadttheaters die Zahl der ihr vorgeschriebenen Volksvorstellungen überschreitet. Die Leitung des Stadttheaters hat es stets für ihre Ehrenpflicht gehalten, gerade die billigen Volksvorstellungen zu künstlerischen Erlebnissen für die Zuhörer zu gestalten. Allerdings können derartige Darbietungen nicht nach der Elle gemessen werden.

Nicht geleugnet werden kann, daß gelegentlich Mitglieder des Künstlerpersonals nicht nur in Halle — sondern überhaupt in allen Theatern — in Wiederholungen, besonders wenn es sich um Nachmittags-Aufführungen handelt, den nötigen künstlerischen Ernst vermissen lassen. Zum Glück gehören derartige Fälle zu den Ausnahmen. Die betreffenden Künstler werden dann in schärfster Weise vermahnt. Leider ist dadurch wenig für die geschädigte Aufführung gewonnen. Die Theaterbesucher selbst hätten es in der Hand, hier besserend einzugreifen, wenn sie ihren berechtigten Unwillen nicht gegen die Leitung des Theaters, sondern gegen die betreffenden Künstler selbst richten würden. Leopold Sachse."

Zunächst stellen wir mit besonderer Freude fest, daß sich die Theaterleitung in der Auffassung, daß „gerade die billigen Volksvorstellungen zu künstlerischen Erlebnissen für die Zuhörer" werden sollten, mit uns in erfreulicher Uebereinstimmung befindet. Das freimütige Zugeständnis der Theaterleitung, daß diese schönen Grundsätze bei manchen Volksvorstellungen nicht immer eingehalten wurden, unterstreicht nur die Berechtigung der an diesen Mängeln geübten Kritik. Wenn die Theaterleitung diese Mängel in der Hauptsache darauf zurückführt, daß es manche Darsteller an dem „nötigen künstlerischen Ernst" fehlen lassen, so reicht diese Begründung u. E. keineswegs aus, um die Theaterleitung nun etwa für eine solche geringe Einschätzung der Kunst und der Volksvorstellungsbesucher von jeder Verantwortung zu entbinden. Weil sie den für sie auch für Volksvorstellungen bindenden künstlerischen Grundsätzen Geltung verschaffen, so muß sie eben die dagegen sündigenden Darsteller noch nachdrücklicher zur Befolgung dieser Grundsätze erziehen. — Im übrigen kann den Besuchern der Volksvorstellungen nur empfohlen werden, zu ihrem Teile in der von der Theaterleitung angeregten Weise an dieser durchaus notwendigen „Erziehungstätigkeit" mitzuwirken. . . .

* **Der städtische Bauausschuß** stimmte in seiner Sitzung am vorigen Montage einer Vorlage über Landerwerb an der Talstraße zu. Es handelt sich um das Grundstück der Obstweinschenke, das durch die Fluchtlinie angeschnitten wird. Auch ein Stück bebautes Land fällt dabei zur Straße. Im Gesamten [illegible] 956 Quadratmeter in Frage. Der Kaufpreis beträgt von 19 72[illegible] Mk. — [illegible] bewilligung für das Stadtbad [illegible] Mark gut. Für das Stadtbad waren [illegible] bewilligt worden. Die Summe hat jedoch überschritten werden müssen. Im ganzen hat der Bau des Stadtbades 1 038 729 Mk. gekostet. — Im Mühlgraben-Bankonto müssen 56 960 Mark nachbewilligt werden. Der Voranschlag lautete seinerzeit auf 678 000 Mk. und diese Summe war auch genehmigt worden. Über die Kriegsverhältnisse brachten eine Verteuerung des Baues: Materialien und Arbeitslöhne stiegen. Infolgedessen hat der Bau 735 000 Mk. Kosten verursacht. Der Bauausschuß stimmte der Nachbewilligung zu.

Sonst stand noch auf der Tagesordnung ein Antrag auf Bewilligung für Vorarbeiten für eine neue Oberrealschule. Das Projekt hängt zusammen mit dem großzügigen

---

(8)

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Wer steht dir dafür, daß es nicht noch geschieht?" rief der Amtmann. „So lang' seine Konkubine in Göppingen gefangen sitzt, wird er sich hüten, die Strenge des Gesetzes gegen diese Geisel herauszufordern. Wenn sie aber einmal frei ist, und er behalten kann man sie nicht, weil sie nichts Erweisliches verübt hat, so wird er schon die Hörner herausstecken. Ich seh' es kommen, daß er das Handwerk, wenn's im Kleinen nicht mehr geht, ins große ausdehnt und sich in den Orden der Jauner aufnehmen läßt."

„Nun, diese gibt's wenigstens in unserer Gegend nicht."

„Sie sind überall und nirgends: wenn sie heute ausbleiben, so sind sie daflir morgen da. Diese politischen Blutigel, die sich auf mehrere Tausende belaufen mögen, scheinen eine exstirpable Landesübelsamkeit zu sein. Sie kosten der Gesamtheit der verschiedenen Dominien in Schwaben jährlich Hunderttausende von Gulden, teils an Erbestiern und Gestohlenem, teils an Unkosten, die gegen sie aufgewendet werden müssen. Ich glaube auch nicht, daß man eher mit ihnen fertig wird, als bis statt der ohnmächtigen Generalstreifen des schwäbischen Kreises einmal das ganze Land in Masse wider sie aufsteht, sie auf einen Punkt zusammentreibt und alles über die Klinge springen läßt. Und ich habe eine Ahnung, dieses Scheusal von einem Menschen wird sie uns noch auf den Hals ziehen, um sein Mütlein an uns zu kühlen."

„So benutze die Zeit, eh' sie kommen, zu einer Erholungsreise, wenn dir kleinere Ausflüge nicht zusagen."

„Hat sich was zu reisen!" rief er ärgerlich. „Dieser Auswurf der Menschheit hält mich ja wie einen Hund an der Kette fest. Alles zittert vor ihm: wenn ich fortginge, so lief mir der ganze Flecken nach. Und dennoch könnte ich mich bemüßigt sehen, ein wenig nach Stuttgart hinabzufahren und unseren Gönnern in der Regierung aufzuwarten, um den üblen Insinuationen des Vogts zu begegnen, der seine Angst vor diesem Cartouche an mir Unschuldigen auslassen will und mich unaufhörlich mit Vorschriften tormentiert und mit Vorwürfen überhäuft. Fürwahr, der hat den Titel Expeditionsrat nicht umsonst. Er expediert einen Erlaß um den andern daher und wird den Flecken, wenn es so fortgeht, noch an den Bettelstab expedieren, aber der ganze Stoß" — er warf bei diesen Worten den Haufen der vor ihm liegenden Ausschreiben unwillig durcheinander — „hat bis jetzt keinen Hund aus dem Ofen gelockt."

„Er ist seinerseits in der nämlichen üblen Lage wie du," bemerkte die Amtmännin, „wenn der Wildfang sich sehen läßt, so schreit der ganze Flecken zusammen, dann bis du genötigt, einen Bericht nach Göppingen zu schicken, und das nötigt dann wiederum den Vogt, sich den Kopf zu zerbrechen, um auf den Bericht mit irgendeiner neuen Maßregel zu dienen. „Auf diese Weise macht man sich gegenseitig das Leben sauer."

„Und wie!" rief der Amtmann, der in seiner Erbitterung über den Vorgesetzten die vorübergehende Aufwallung gegen seine Frau vergaß und wieder zutraulich wurde. „Ich mag von den Wüchsen aufschlagen, welchen ich will, immer ist ein Stich für mich darin."

Er sah ihr einen der Erlasse, und sie las halb mit Lachen, halb ärgerlich: „Wohledler, vielgeehrter Herr Amtmann! Ich vernemme, daß die Anstalten, welche der Herr Amtmann bis dahero zur Beifahung des von der Festung echappierten Bösewichts Friedrich Schwanen gemachet, nicht die beste gewesen, und daß dadurch nur große Kosten gemachet, in der Hauptsach aber nichts gerichtet werde, wie es auch der Effekt selbst gegeben, da es zumalen gut gewesen wäre, wann die Haussuchung unterblieben und dagegen das Müllersche Haus ex improviso überfallen worden wäre."

„Sapperment!" rief der Amtmann dazwischen, „wenn der Einfaltspinsel von Fischerbanne ihm hinterbracht hätte, der Schurke stecke drin, so würde er eben auch Haussuchung gehalten haben, bis er ihn gefunden oder — nicht gefunden hätte. Was hilft mich's aber, das Haus zu überfallen, wenn ich ihn nicht drinnen weiß."

„Es wolle dahero" — fuhr sie fort zu lesen — „der Herr Amtmann die bisherige nächtliche Patrouille abgehen lassen und dagegen ein paar vertraute Mann als Spionen bestellen, die etwan Nachbarn von dem Müllerschen Haus und in der Stille auf des Schwanen Aus- und Eingang Achtung geben, und alsdann in tempore davon Anzeige machen lassen. Da mir auch ferner bekannt, daß sich der Schütz fast täglich betrauche" — „das ist wahr," bemerkte sie dazwischen — „mit verstoffenen Leuten aber nichts zu richten, sondern durch deren Ungeschicklichkeit alles, zumal bei einem solchen Bösewicht, verraten seie, so wolle der Herr Amtmann ihne Schützen zur Nüchternheit ermahnen und ihme dabei bedeuten, daß, wann ich noch ein einigsmal höre, daß er sich wolltrinke, ich ihne ohne weiteres abschaffen werde." „Mein Gott!" bemerkte sie, „das schreibt der Mann mesquin! Dein Geschäftsstil atmet zwar auch nicht gerade Rosen und Lilien, aber mit dieser Diktion da verglichen, liest er sich wie ein französischer Roman."

„Den Schützen habe ich tüchtig abgekapitelt," sagte der Amtmann. „Bei einem solchen Geschäft könnte übrigens der Solidete aus der Art schlagen lernen, geschweige der alte Zapf von Haus aus. Da er noch von allen am meisten vertragen kann, so wird er dazu gebraucht, in den Wirtshäusern umherzuspionieren, ob man's nicht irgendwo in der Stille mit dem Verbrecher halte. Da muß er nun überall pro forma seinen Schoppen trinken — ich selbst hab' ihm schon Geld dazu gegeben — und so kommt er gewöhnlich in einem Sarras und rapportiert, der Spitzbub' sei just vor ihm dagewesen, er habe ihn aber nicht mehr angetroffen."

Die Amtmännin nahm sich die Freiheit, in den Ausschreiben zu kramen und einzelne Stellen halblaut zu lesen. „Um den Flecken Posten ausstellen," las sie, „sämtliche Metzger mit ihren Knechten dazu beordern, mit Gewehren in Händen, wozu insonderheit des Schwanenwirts zu ziehen."

Sie blickte den Amtmann fragend an. „Freilich!" lachte dieser, „weil der Sonnenwirt Schwan heißt, so schreibt er immer: der Schwanenwirt." — Er nahm einen Erlaß aus dem Fache und deutete auf eine Stelle. „Sieh, so schrieb er damals, als der Fleckenschaden nach Hohentwiel verurteilt wurde: „Es ist dem Schwanenwirt zu bedeuten, daß er cum venia ein paar Schuh und etliche Kleidung schicken, übrigens aber sich getrösten solle, daß sein hoshafter Sohn ihme künftighin in seinem Leben keinen Verdruß mehr machen werde."

„Darin ist er kein Prophet gewesen," sagte die Amtmännin lachend. Sie las weiter: „Dafern sie etwas Verdächtiges vermerken, die Hunde laufen lassen und mit Behutsamkeit anhetzen." „Das ist wirklich komisch!" rief sie, und beide brachen in ein schallendes Gelächter aus. „Versprechen mir übrigens wenigen Effekt," las sie weiter und setzte hinzu: „Ich auch."

„Natürlich," sagte der Amtmann, „schon deswegen, weil der abgefeimte Schurke mit allen Hunden im Flecken auf dem besten Fuße steht. Ich weiß nicht, was er für Gaunerkünste dabei anwendet."

Die Amtmännin griff nach einem anderen Schreiben und las: „Bei der geringsten Spur wiedermalen Sturm schlagen lassen" —

„Das ist nonsens!" rief der Amtmann. „Das tu' ich nicht: Das brächte mir den Flecken vollends bei der ganzen Umgegend in Mißkredit. Sie kämen ja, weiß Gott, mit Spritzen angefahren, wenn sie die Sturmglocke hören würden, und wenn sie dann erführen, daß es sich um den einzigen Höllenbrand handelt, so wäre des Gelächters kein Ende."

„Allen Burgern," las sie weiter, „bei hoher und Leibesstraf' injungieren, sich ohne Widerspenstigkeit dem Streif zu unterziehen, welcher Veranstaltung der Herr Amtmann auch herzhaft vorangehen und zu hoffentlich mehrerer Autorität selbsten beiwohnen solle."

„Sehr obligiert!" bemerkte der Amtmann und sah halb spöttisch, halb wehmütig nach dem Fenster, um welches milde Sonnenstrahlen spielten, die nach der Wintergefangenschaft zum Genuß der Freiheit einluden.

„Du solltest ihn auf eine Jagdpartie bitten," bemerkte die Amtmännin. „Was schreibt er denn da? das scheint mir lateinisch zu sein: „more solito negligiret".

„Er wirft mir vor," sagte der Amtmann im höchsten Unmut, „als hätte ich die Sache in gewohnter Manier gehen und liegen lassen. Das ist nicht nur eine Unwahrheit, das ist eine hämische Kalumnie. Es hat's nötig, dergleichen Reprimanden einfließen zu lassen. Wer die Sache auf eine negligeante Art behandelt, das ist er. Das eine Mal hat mir der Postillon geklagt, er sei abends vor sechs Uhr in Göppingen eingetroffen, habe aber zwei Stunden warten müssen, bis er vorgelassen worden sei. Ein andermal hab' ich den Expressen um zwei Uhr von hier abgefertigt und den Bescheid erst nachts nach neun Uhr erhalten. Ich habe mir aber alle diese more-solito-Negligenzien in margine notiert, damit ich mich gegen ihn rechtfertigen kann, wenn er mich zu Stuttgart ins schwarze Register bringen will."

„Da haben sie jetzt an andere Dinge zu denken," sagte sie. „Wie ich höre, beginnt der landschaftliche Ausschuß sehr schwierig zu werden und wird ihnen wenig Zeit lassen, sich mit kleineren Händeln abzugeben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0005

Plan, das Gelände am Weinberg zwischen der Poltnitz und der Landesheilanstalt aufzuschließen und mit Landhäusern zu bebauen. Die Vorlage wurde jedoch von der Tagesordnung abgesetzt; sie soll erst demnächst beraten werden.

* **Der Verkauf markenfreier Wurst hat zu allerlei Mißständen geführt, was jetzt den Magistrat von Berlin** veranlaßt hat, die Herstellung und den Verkauf dieser Wurst amtlich zu regeln. Hiernach ist in Berlin die gewerbliche Herstellung und der Verkauf sowie auch der Verkauf außerhalb Berlins hergestellter und nach dort eingeführter markenfreier Wurst mit oder ohne Umhüllung nur mit Genehmigung des Magistrats gestattet. Die Anträge sind schriftlich einzureichen. Hierbei ist die Art und Menge der Wurst, deren Hersteller und Herstellungsort sowie der Groß- und Kleinhandelspreis genau anzugeben. Die Genehmigung muß auch dann eingeholt werden, wenn bereits durch andere Vorschriften eine polizeiliche oder sonstige Genehmigung angeordnet ist. Die Herstellung, die Einfuhr und der Verkauf solcher Wurst, zu deren Herstellung das Fleisch von Tieren verschiedener Art verwendet worden ist, ist überhaupt verboten. In jeder Verkaufsstelle muß ein deutlich sichtbarer Anschlag darüber angebracht sein, daß der Verkauf der Wurst mit Genehmigung des Magistrats erfolgt. Ebenso sind die Preise für die einzelnen Wurstarten deutlich lesbar anzuschlagen.

* **Patriotismus und Brauindustrie.** Nachdem die Kirchen dem Kriegsmoloch ihre Glocken geopfert haben, müssen die Brauereien daran glauben, das heißt das bei ihnen reichlich vorhandene Kupfer wird eingezogen. Die Brauereien behaupteten, daß ohne Zwang das Kupfer freiwillig und schneller abgeliefert werden würde. Doch abgesehen von einigen Betrieben, denen es wohl ernst damit war, konnte im allgemeinen von Freiwilligkeit der Kupferablieferung durch die Brauereien nicht gesprochen werden. Gerade die Brauereien, die doch durch die jetzigen Verhältnisse Riesengewinne eingeheimst haben, indem sie unter verminderter Steuerleistung aus allerlei billigen Ersatzstoffen „Bier" fabrizierten — gerade sie müssen sich nachsagen lassen, daß ihr Egoismus stärker war als ihr Patriotismus. Die Folge davon ist, daß die betreffenden Reichsstellen jetzt unverzüglich an die Enteignung des Kupfers in den Betrieben gehen wollen.

* **Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** stellt sich nach dem Berichte des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins in Halle wie folgt dar: Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet war die Nachfrage nach Rohstellen und Briketts auch im Dezember sehr lebhaft und überstieg die Leistungsfähigkeit der mit Ueberstunden tätigen Werke. Der Absatz litt erheblich unter dem bestehenden Wagenmangel. Gleichwohl wurden fast überall die Erzeugnisse des November 1917 sowie des Dezember 1916 erreicht. Teilweise war dem Vorrate gegenüber für Kohle und Briketts eine Verbesserung festzustellen.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,** Salzgrafenstraße 1 Sprechstunden täglich 4—5 Uhr nachmittags, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke, mentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zu ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen können. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Die Fürsorgestelle übernimmt nicht die ärztliche Behandlung des Kranken, sondern sucht ihre Ziele vielmehr zu erreichen durch frühzeitige Ermittlung der Lungenkranken, ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, Aufklärung der Familien, Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige. Beseitigung der gesundheitlichen Entstehungsherde (Trennung des Kranken, Entseuchung der Wohnung und Kleidung), Unterstützung der Angehörigen [illegible] Lungenkranker, die sich in Heilstätten [illegible]

* **Futter des Hundes für [illegible].** Wie die [illegible] mitteilt, sind noch folgende Sämereien eingetroffen: Mohrrüben, rote Rüben, Wirsingkohl, Winterkohl, Kohlrabi, Mangold, Kopfsalat, Schnittsalat, Gurken, Kürbis, Rettig, Radieschen, Sonnenblumen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine genaue Kontrolle über die Verwendung der besagenen Sämereien geführt werden wird. Der Bund hat die Besorgung der einzelnen Sämereien auf Grund der Gesamtbestellung übernommen. Er muß seinerseits den zuständigen Behörden die Gewähr dafür geben, daß das Saatgut seinem Zwecke zugeführt wird. Es ist geglückt, jede einzelne Sämerei in ganz hervorragender Qualität zu beziehen. Sollte jemand Saatgut beziehen und es nicht verwerten, so müßte er die Folgen tragen. Dazu gehört auch der sofortige Entzug des vom Bunde gepachteten Landes. Diese Maßregel ist deshalb erforderlich, weil derjenige, der die Bestimmungen über die Verwendung der Sämereien zuwiderhandelt, sämtliche Ackerpächter und vor allen Dingen auch die Bundesleitung in die schwierigste Lage bringt. Das Vertrauen, das dem Bunde von den mit Bewachung des Saatgutes betrauten Behörden entgegengebracht wird, würde ein für allemal erschüttert werden. Es schädigt somit jeder, der Mißbrauch mit Sämereien treibt, die Gesamtheit der Kleinpächter und darüber hinaus natürlich auch die Ernährung. — Die Sämereien müssen sofort abgeholt werden. Wer die Abholung versäumt, hat es sich selber zuzuschreiben, wenn er leer ausgeht. Im allgemeinen werden wir die Sämereien für unsere Kleinpächter jeweilen bis 14 Tage nach der Bekanntmachung bereithalten und sie dann weiter vergeben. E. Abderhalden.

* **Der Lanzertabend des Arbeiter-Sängerchors,** der heute, Mittwoch, abend im Volkspark stattfindet, sei allen Freunden guten Gesanges nochmals angelegentlichst empfohlen. Die gesanglichen Leistungen des Chors, eine mit Geschmack ausgewählte, abwechslungsreiche Vortragsfolge und die Mitwirkung von Frl. Gagelmann versprechen jedem Besucher des Konzertes ein paar angenehme Stunden.

* **Der Kriegsbeschädigtenbund,** Ortsgruppe Halle, hält Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, eine Versammlung im Markgrafen, Brüderstraße 7, Ecke Kl. Steinstraße, ab.

* **Im Stadttheater** kommt heute, Mittwoch, den 13. Februar, Fuldas Lustspiel Jugendfreunde zur Aufführung. Donnerstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, Die Walküre. In der am Freitag, dem 15. Februar, stattfindenden Erstaufführung von Schillers Braut von Messina wirken in den Hauptrollen mit die Damen Troeger, Biedermann, die Herren Wilcke, Kuhn und Friedrich. Spielleiter der Aufführung ist Ludwig Mafson. Am Montag, dem 18. Februar, findet eine Aufführung von Lortzings Waffenschmied statt. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung beginnt Donnerstag vormittag.

* **Zoologischer Garten.** Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende 5. Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters sei nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

* **Duplikatfrachtbriefschwindel.** Im Dezember 1917 sind abermals mehrere Firmen durch einen Duplikatfrachtbriefschwindler um größere Summen geschädigt worden. Wie in den meisten Fällen, ist der Schwindler mit den Geschädigten nicht persönlich in Fühlung getreten, sondern er hat in der bekannten Weise in einer auswärtigen Zeitung inseriert und die Zuschriften, bzw. Bestellungen telegraphisch oder durch Eilbriefe beantwortet. Die Ausführung dieses gemeingefährlichen Schwindels wird den Betrügern insofern äußerst leicht gemacht, daß die Besteller in geradezu leichtsinniger Weise, ohne jede Prüfung der Sachlage, und ohne vorher eingezogene Erkundigung, mit dem Schwindler in Verbindung treten, und immer wieder dem Verlangen stattgeben, die Summe für die an scheinbar abgesandte Ware an eine auswärtige Bank zu überweisen, die auf den Namen des Bestellers, den Betrag gegen Vorlegung eines Duplikatfrachtbriefes auszuhändigen. In der Regel ist an eine Absendung der Ware nicht zu denken, sondern den betreffenden Banken wird ein gefälschter Duplikatfrachtbrief, der sich mit dem vom Besteller und dem angeblichen Absender getroffenen Abmachungen ziemlich deckt, vorgelegt, und der Betrag wird ohne weiteres ausgezahlt, obwohl die Fälschungen der Duplikate oftmals leicht erkennbar sind.

[illegible] Bei der An[illegible] nicht bemerkt, und [illegible] falsche Namen angeben, und nach der Auszahlung der Beträge verschwinden, sind die Ermittlungen der Kriminalpolizei mit den größten Schwierigkeiten verbunden und oft erfolglos.

Während des Krieges sind den auf diesen Gebieten arbeitenden Gaunern schätzungsweise nach und nach Millionen in die Hände gefallen. Vorzugsweise werden zum Inserieren größere Tageszeitungen, aber auch Fachblätter gewählt, mit Warenangeboten, die vom Markt ziemlich verschwunden sind und deshalb im Preise steigen.

Dem immer mehr um sich greifenden gemeingefährlichen Schwindel mit Duplikatfrachtbriefen muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengewirkt werden. Die Bankgeschäfte erscheinen besonders dazu berufen, bei der Erfüllung solcher Betrüger mitzuwirken.

Der jetzt wieder in Leipzig aufgetretene Gauner hat sich F. L. Röder genannt, er arbeitet nachgewiesenermaßen mit einer Frauensperson, seiner angeblichen Ehefrau, zusammen. Außer in Leipzig, ist er auch in Frankfurt a. M. mit Erfolg aufgetreten.

* **Mißglückter Schleichhandel mit Schinken.** Eine auswärts wohnhafte Handelsfrau versuchte gestern in einem Hause der Trotha er Straße einen Schinken weit über den Höchstpreis zu verkaufen. Der Schinken wurde der Frau abgenommen.

* **Kaninchendiebstahl.** In der Nacht zum Dienstag wurden aus einem Grundstück in der Roonstraße Kaninchen im Werte von 220 Mk. gestohlen.

Trebnitz. Diebe brachen in der Sonntagsnacht in die Wohnung des Landwirts E. Wunderlich ein, indem sie an der Straße einen Fensterladen zerbrachen, Fensterscheiben eindrückten und einstiegen. Sie nahmen Mehl, Fettöpfe, Butter, Wäsche, Kleidungsstücke, Schmucksachen usw. mit, so daß der Verdacht naheliegt, daß mehrere Personen beteiligt waren.

Allerlei.

Der Herr und der Pionier.

Die Abendausgabe der München-Augsburg. Abendzeitung vom 8. Februar 1918 enthält folgende Todesanzeige:

Am 31. Januar 1918 starben in treuester Pflichterfüllung gemeinsam den Heldentod fürs Vaterland

Herr Gustav G . . . .
Leutnant d. Res.
Inh. d. Pr. E. K. 2. Kl. u. b. Bayer. Mil.-Verd.-Kr. 3. Kl. m. Kr. u. Schw.

und

Pionier Peter M . . . .

Die Kompagnie wird den beiden Helden allezeit ein ehrendes und dankbares Gedenken bewahren.

Im Namen einer Bayer. Pionier-Kompagnie.
J. V.: Brunner
Leutn. d. Res. und Komp.-Führer.

Die beiden starben „in treuester Pflichterfüllung gemeinsam" — so sagt die Anzeige — aber bei der Todesanzeige wird sorgsam die Klassenunterscheidung beibehalten: der „Herr" Offizier und der — Pionier.

16 800 Dosen verdorbener Milch. Im Graser Tagblatt stand neulich folgende Anzeige: „Kondensierte Vollmilch, zirka 350 Kisten à 48 Dosen, nur für technische Zwecke verwendbar, offeriert usw." — Die Milch wurde offenbar eingelagert, um höhere Preise zu erzielen. 16 800 Dosen kondensierte Vollmilch verderben, während Kinder sterben müssen, weil sie keine Milchnahrung bekommen!

Eine Viertelmillion Mark gestohlen. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht im Antoniterhof in der Schildergasse in Köln verübt. Hier drangen Diebe in das Zollamt ein und erbeuteten etwa 250 000 Mark. Schon einmal, und zwar in der Nacht zum 21. November 1917, waren Einbrecher durch den Keller in das Zollamt eingedrungen. Damals gelang es ihnen, 65 000 Mark zu stehlen. Man hatte darauf die Kammer mit vierfachen Schlössern versehen. Bei dem jetzigen Einbruchsdiebstahl war die Tür kunstgerecht ausgesägt worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Bestohlene Richter. In Osnabrück haben Spitzbuben das Feld ihrer Tätigkeit in das Gerichtsgebäude verlegt. In der vorigen Woche mußten die Geschworenen die unangenehme Erfahrung machen, daß während einer Sitzung des Schwurgerichts ihre im Vorzimmer aufgehängten Ueberzieher auf Handschuhe, Eßwaren, Rauchwaren usw. einer Durchsicht unterzogen waren. Bei mehreren Inhabern der Kleidungsstücke war diese Durchsicht ziemlich lohnend gewesen. Auffällig ist, daß die Diebe in diesem Falle nicht auch die Ueberzieher haben mitgehen heißen.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 14. Februar: Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Arbeitsmarkt

Schnittschlosser gesucht. *2037
Mitteld. Federfabrik, Grünstr. 29.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 3406 Wally May, Torstraße 49.

Arbeitsburschen zum Bedienen von Schraubenautomaten gesucht. Ungeübte werden angelernt. *2044
Schraubenfabrik Ziemik, Otto-Stompfstraße.

Klempner, Schlosser, Mechaniker, Dreher 3848
für dringende Heereslieferungen gesucht.
Max Stahl, Wielandstr. 30.

Erdarbeiter werden sofort eingestellt. Meldungen bei 3889
Schachtmeister **Piehler,** Flugplatz Halle a. d. S.

Stadtbad.
Hier sind zwei Stellen, eines
Hilfsmasseurs — Badewärters und eines
Heizers
neu zu besetzen. Bewerbungen an die Stadtbad-Verwaltung, Schimmelstraße 1—4, erbeten. *2040
Halle, den 11. Februar 1918. Der Magistrat.

Grüne Plüsch-Garnitur, Vertiko, Betts. m. Matr., Kommode, Kleiderschrank, Kl. Küchensofa mit Plüschbezug, Kinderbettstelle m. Matr., Regulator, groß. Eisschrank, passend für Fleischer, alles gut erhalten, 3887
billig zu verkaufen bei
E. Dippold, Gr. Gosenstraße 12, Eing. Advokatenweg.

Strickwolle und Lumpen kauft 3405
A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Lumpen, Knochen, Eisen, 3403 Metalle, Papier kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Stadtbad.
Die Damen-Schwimmhalle ist von Montag, d. 18. Februar cr. werktäglich von 7½ Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Freitags und Sonnabends bis 8 Uhr sowie Sonntags bis 12 Uhr mittags geöffnet. *2039
Halle, den 11. Februar 1918. Der Magistrat.

Vorwärts-Bibliothek.
Jeder Band 1,50 Mark
Der Ausweg — Eine Erzählung von Oran Sergeja
Das Land der Zukunft — Reiseabenteuer von A. Matisch
Verschrobenes Volk — Erzählungen von Fel. R. Grigoli
Der Prinzipienreiter — Erzählung von Wilhelm Blos
In den Tod getrieben — Novellen von A. Z. Strauß
Der Pariser Garten — und Andere. Von Wilma Kautsch
Mutter — Ein Bauernschicksal von Joh. Jerch
Der Morgen graut — Erzählungen von W. Arbenius Noch
1000 Mark Belohnung — Kriminalroman von H. Ohen
Vom Waisenhaus zur Fabrik — Geschichte einer Proletarierjugend von D. Fischer
Die Marketenderin — Erzählung aus der Zeit der Napoleon. Kriege von Großmann-Chatrian
Kriegsfahrten — in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. A. Kuehne und G. Roth. 2 Bände mit 1 Karte
Kriegsberichte — aus Flandern und Polen. Von Willy Pfannkuch. Kriegsberichterstatter. 2 Bände mit 1 Karte
Herzen im Kriege — Schicksalsgänge u. Gestaltungen. Kriegsnöte u. Hoffnungen. 2 Bände, jeder 1 Bd. abgeschlossen
Als Zwischendecksteward nach Südamerika — Erzählung von Heinrich Kreuzinger
Jeder Band 2,— Mark
Erwacht — Ein Roman aus dem Proletarierleben von R. Grr.
Der Gotteslästerer — Roman aus der religiösen Wahrheitssuche von R. Grr.
Die Heiterei — Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig
Verbrechergeschichten I. — Mit einer Einleitung von Franz Tiebesch
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42-44.

Küchenmöbel, denkbar reichste Auswahl empfiehlt 3882
Möbelfabrik
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstrasse 36 a u. b.
Ausserdem am Lager:
Ca. 200 Zimmer-Einrichtungen!

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Ein Hundegeschirr von Berliner Straße bis Berliner Brücke **verloren.**
Das Mädchen, welches dasselbe gefunden hat ist erkannt u. wird ersucht es abzugeben bei 3861
Föhrigen, Kohlenhandlung, Geiststraße 58.
Vor Ankauf wird gewarnt.

Verbd. d. Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Halle a. S.

Nachruf.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriger treuer Kollege
Otto Brümmer
aus Radewell am Montag verstorben ist. Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren. 3890
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet Freitag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Radewell, Dalstr. 2a, aus statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.
D. Ob.

Vorteilhaftes Angebot in *1867
Pelzwaren!!!
Ich empfehle mein erstklassiges, grosses Lager hiermit zu **ganz besonders billigen Preisen,** u. a.:

Alaskafuchs	Mk.	89.75 und höher
Blaufuchs	„	125.00 „ „
Nerzmarmel	„	45.00 „ „
Kanin	„	26.00 „ „

Skunks, Iltis, Nerz, Marder, in reiner Kürschnerarbeit zu bekannt soliden Preisen.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Pelzhaus Rosenberg, Spezial-Etagengeschäft.
Gr. Ulrichstr. 6/8, Halle, Gr. Ulrichstr. 6/8.

Familien-Nachrichten.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes und Bruders
Franz Naumann,
sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren Dank. Insbesondere danken wir der Jugend von Werlitzsch und Oberlen für das letzte Geleit zum Grabe. Herzlichen Dank Herrn Pastor Alsleben für die trostreichen Worte am Grabe. Ebenfalls herzlichsten Dank Herrn Oberlehrer Geidel für den Gesang.
Lieb und unvergeßlich!
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie **Naumann,** Werlitzsch, u. Verwandte.
Tretet hin zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt, was ich gelitten habe,
Gönnt mir die ewige Ruh! *2042

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180213-14/fragment/page=0006